Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 4. Februar 2019

1. Eröffnung der Sitzung durch den Stadtratspräsidenten für das Jahr 2019, Freudiger Patrick (SVP)

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Herr Stadtpräsident, Damen und Herren Gemeinderäte, liebe Stadtratskolleginnen und –kollegen; werte Mitarbeitende der Verwaltung, werte Medienschaffende, werte Anwesende: Ich begrüsse Sie zur heutigen und ersten Stadtratssitzung im Jahr 2019 und eröffne diese hiermit.

Die Protokolle der letzten Stadtratssitzungen vom 26. November 2018[1] und 17. Dezember 2018[2] sind vorliegend und via Homepage der Stadt Langenthal einsehbar. Mit dem Dank an die an der Protokollierung Mitwirkenden für die Verfassung der Protokolle, erteile ich der Protokollführung nun das Wort für den **Appell** zur heutigen Sitzung:

- 37 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.
  - 3 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenauflage sind – inklusive des Vorversands zum Traktandum Nr. 2 – vorschriftsgemäss erfolgt und Wortmeldungen zur Traktandenliste sind keine angemeldet.

Wir haben drei neue Mitglieder im Stadtrat: Roland Sommer (SVP), Sandro Baumgartner (SP) und Saima Sägesser (SP). Sie alle möchte ich herzlich begrüssen und ihnen viel Erfolg, Zufriedenheit und Befriedung im neuen Amt wünschen. Herzlich Willkommen! *(Applaus)*

Zwei der drei Stadträte, die mittlerweile aus dem Amt ausgeschieden sind, wurden bereits im Dezember verabschiedet. Zwischenzeitlich ist der Rücktritt von Stadtrat Beat Lehmann (SVP) eingegangen. Er ist heute nicht anwesend. Ich möchte trotzdem ganz kurz ein paar Worte zu Beat Lehmann sagen. Er ist uns allen bekannt und war mehrere Jahre im Stadtrat. Er ging nicht so oft ans Rednerpult, aber wer ihn gekannt und mit ihm gesprochen hat, der konnte sich sicher sein, dass Beat Lehmann bei jedem Geschäft im Stadtrat bestens informiert war. Wer mit ihm zusammenarbeitete wusste zudem, dass er den Diskussionen immer minutiös folgte, kritische Fragen stellt und sich entsprechend gewinnbringend einbringen kann. Vielleicht nicht so, dass es am meisten Öffentlichkeitswirkung generiert, aber doch ganz sicher so, dass es wirkt. Wir wünschen Beat Lehmann auf seinem weiteren Lebensweg alles Gute und viel Zufriedenheit.

Es wird heute, zumal die Sitzung bereits um 18.00 Uhr startete, eine Sandwichpause geben. Diese ist voraussichtlich geplant nach Ende von Traktandum Nr. 2.

Das Traktandum Nr. 1 lautet ja "Eröffnung der Sitzung durch den Stadtratspräsidenten für das Jahr 2019". Das ist meine Wenigkeit. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Ihnen allen nochmals herzlich danken für die einstimmige Wahl im letzten Jahr und, dass Sie mir ermöglicht haben, dieses Jahr die Sitzungen zu leiten. Ich werde das mit bestem Wissen und Gewissen machen. Wenn jemand nicht zufrieden ist, dann würde ich diese Person bitten, sich entsprechend zu melden.

Ich möchte mich aber auch bei den heute Anwesenden bedanken, und zwar nicht nur bei den Stadtrats- und Gemeinderatsmitgliedern, sondern auch bei den anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörern. Der italienische Schriftsteller Carlo Franchi sagte einmal: *"Ein freies Land erkennt man daran, dass niemand verpflichtet ist, den Machthabern zuzuhören, wenn sie reden"*. Umso mehr freut es mich, dass wir heute hier Anwesende haben, die ganz freiwillig zuhören, ohne dazu gezwungen zu sein.

---

1 https://secure.i-web.ch/gemweb/langenthal/de/verwaltung/publikationen/?action=info&pubid=192263

2 https://secure.i-web.ch/gemweb/langenthal/de/verwaltung/publikationen/?action=info&pubid=192269

Wir Parlamentarier sind in der Demokratie zu einem gewissen Stück Machthaber. Glücklicherweise immer unter dem Vorbehalt der Volksrechte. Und glücklicherweise immer nur auf Zeit, mit Blick auf die Amtsdauer und Amtszeit. Parlamentarier sind ein stückweit Machthaber. Sie üben ihre Macht primär mit Reden aus. Und das meine ich nicht despektierlich. Man spricht miteinander, manchmal spricht man auch übereinander, in den Kommissionen, in den Fraktionen oder manchmal im Plenum, man überzeugt einander – oder auch nicht – und stimmt dann ab. Dass Parlamentarier ihre Macht durchs Reden ausüben ergibt sich ganz unschwer aus dem Wort Parlament, das vom französischen "parler" kommt.

Das Parlament spricht auch in Langenthal. Und es sprich mehr, als es auch schon gesprochen hat. Es ist mittlerweile mein 15. Jahr im Stadtrat Langenthal. So dumm es klingen mag: Mit meinen 34 Jahren gehöre ich damit schon fast zu den "alten Hasen" im Stadtrat.

Das Parlament debattiert mehr und es kontrolliert mehr. Wenn ich mir überlege, dass wir hier vor noch nicht allzu langer Zeit, damals noch mit Hans-Jürg Käser als Stadtpräsident, über eine massive Erhöhung der Finanzkompetenzen für den Gemeinderat sprachen – in Zusammenhang mit der Revision der Grundordnung, heute spricht man von Stadtverfassung – und wenn ich mich dann noch daran erinnere, wie schnell dies angesichts der Tragweite durch den Stadtrat beraten und angenommen wurde, so komme ich für die heutige Zeit zum Schluss, dass eine derart schnelle Verabschiedung heute nicht mehr dankbar wäre. Im jetzigen Parlament und der jetzigen Debattenkultur würde dies intensiver, und ich meine, fundierter beraten.

Es gibt, wie zumindest diejenigen, die schon länger dabei sind, unschwer erkennen können, mehr Anträge der Geschäftsprüfungskommission, mehr Anträge der Fraktionen und mehr Anträge von Einzelsprechenden. Eine Beratung des Organisationsreglements des Stadtverwaltung, oder zum Mehrwertabgabereglement, ist heute ähnlich intensiv und lang, wie das früher eine Beratung zur Stadtverfassung war, notabene unserem obersten Rechtsakt.

Das ist für mich gelebte Aufsicht. Das Parlament nimmt seinen Auftrag ernst. Und es ist nicht zu verkennen, wenn mehr kontrolliert und mehr Aufsicht wahrgenommen wird, dass es damit auch gewisse Spannungen zur Verwaltung oder zum Gemeinderat geben kann. *"Kann man es ihnen überhaupt noch recht machen?"* fragte der Stadtpräsident beim letzten Schlussessen der Behörden.

Der Stadtrat ist nicht da, um es der Verwaltung recht zu machen. Und er ist auch nicht dazu da, es dem Gemeinderat recht zu machen. Aber: Der Stadtrat sollte, bei aller Vielfalt der Meinungen und vorhanden Berufsstände, auch verlässlich und fair sein. Er soll beaufsichtigten, aber nicht einfach das Haar in der Suppe suchen. Er soll prüfen und gut prüfen, aber nicht um des Prüfens Willen, sondern um eine Vorlage besser zu machen. Und damit, zumindest bei den ganz grossen Vorlagen, auch eine Mehrheitsfindung bei der Volksabstimmung zu gewährleisten oder besser zu gewährleisten. Wir Parlamentarier sollen und müssen die Verwaltung kontrollieren, nicht aber sie imitieren: Wir sind nicht die Verwaltung.

Ich komme zurück auf das Eingangszitat mit den Machthabern: Reden und Aufsicht sind zwar das A und O der parlamentarischen Geschäfte, es ist aber nicht Selbstzweck. Irgendwann kommt der Moment, in welchem das Parlament seine Macht auch ausübt, wo es abstimmt und wo es die Verantwortung übernehmen für das Gemeindewohl soll und muss. Dies im besten Wissen und Gewissen, so wie dies die einzelnen Mitglieder nach ihrer Wertvorstellung machen können.

Verantwortung übernehmen für Langenthal ist das Stichwort. Wir werden dieses Jahr ein paar Mal die Gelegenheit haben, diese Verantwortung folgenreich und mit grosser Tragweite zu übernehmen. Dieses Jahr stehen überdurchschnittlich viele wichtige Geschäfte an für Langenthal.

Es fängt an beim Projekt ESP Bahnhof, über welches wir bereits heute diskutieren. Es ist ein Jahrhundertprojekt mit beispiellosem finanziellem Aufwand. Selbst wenn substanzielle Drittmittel absehbar sind. Ein Stück weit wird damit das Gesicht von Langenthal verändert. Jedenfalls dann, wenn man sich an das "Bonmot" hält, dass der Bahnhof einer Gemeinde auch das Gesicht einer Gemeinde sei. Ob wir Langenthal zum Guten oder zum Schlechten verändern, das entscheiden Sie heute.

Wir werden im Jahr 2019 weiter auch zum neuen Eisstadion diskutieren. Auch das ist ein Geschäft, das grosse Folgen für Langenthal hat. Und wir werden voraussichtlich noch dieses Jahr über das Wahl- und Abstimmungsreglement diskutieren. Dieses legt die Grundsätze, wie wir – die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – unsere direktdemokratischen Rechte ausüben. Und es hat Verfassungsrang. Das sind drei von mehreren Geschäften dieses Jahr, die sehr wichtig für Langenthal sind.

Das Parlament muss und soll entscheiden. Es soll Verantwortung übernehmen. Mindestens so wichtig wie die Art des Entscheids, ob man dafür oder dagegen ist, ist, dass man überhaupt entscheidet. Dass man ausführlich debattiert und manchmal vielleicht auch zurückweist, aber, dass am Schluss entschieden wird. Nur so kann der Stadtrat fair und verlässlich sein.

Und wer sagt, dass Gemeindepolitik ja eigentlich langweilig ist, da alles auf Ebene Kanton oder Bund entschieden wird, die oder den lade ich herzlich ein, 2019 nach Langenthal zu kommen und sich eines Besseren belehren zu lassen.

Zufall oder nicht: In diesem Jahr 2019, in dem so viele Geschäfte behandeln werden, die für Langenthal entscheidend sind, können wir als Parlament, als Gremium, unser Jubiläum feiern. 1919, also vor hundert Jahren, gab es das erste Mal in Langenthal ein Parlament. Seit damals sind wir eine hauptdirekte Demokratie. Seit damals wird die Legislativfunktion auch im Parlament ausgeübt.

Das Jubiläum ist sicher ein guter Anlass, um in Visionen zu denken und solche umzusetzen. Das 100-Jahr-Jubiläum ist gleichzeitig der Moment, bescheiden zu bleiben. Wir sind Volksvertreter, aber nicht das Volk. Wir hantieren mit fremdem Geld und entscheiden in erster Linie über Schicksale von anderen, die nicht hier anwesend sind, aber uns Vertrauen schenken. Es braucht Mut, angesichts solch wichtiger Projekte mit Folgen für Langenthal, auch bescheiden zu bleiben und nicht in abstrakte Sphären abzuheben. Dass wir 100 Jahre feiern, soll nicht heissen, dass wir uns ohne Rücksicht auf begrenzte Möglichkeiten selbst verwirklichen oder Projekte vergolden. Dazu, um Mut auch zur Bescheidenheit zu zeigen, sind wir alle aufgerufen, und zwar nicht erst im Stadtrat, wenn das Geschäft schon vorgespurt ist, sondern auch und gerade vorher in den vorberatenden Kommissionen.

Führen durch Vorbild heisst es im Militär. Wenn ich von Mut zur Bescheidenheit rede, dann gehört es sich, dass ich zuallererst bei mir selbst beginne. Deshalb gibt es heute keine pompösen und umwerfenden kulturellen Beiträge, sondern eine schlichte Eröffnung, wie es damals beispielsweise. Armin Flükiger tat, als er Stadtratspräsident war. Eine schlichte Eröffnung, aber mit sehr starkem Inhalt, die mir in bester Erinnerung ist. Mut zur Bescheidenheit. Nicht abheben. Auch das gehört in einem Jubiläumsjahr dazu.

Und wohlgemerkt: Am 17. März 2019 – also auf den Tag genau 100 Jahre nachdem das Parlament zum ersten Mal tagte – findet auch eine Feier statt mit guten politischen und vor allem guten kulturellen Beiträgen. Es ist absolut nicht meine Absicht, diesen guten, bereits aufgegleisten Anlass, heute zu konkurrieren.

Und ganz zum Schluss seid unbesorgt, es wird dieses Jahr auch noch ein Apéro geben. Es wird einfach nicht heute sein. Heute haben wir ein Jahrhundertprojekt zu debattieren. Und ganz egal, wie wir entscheiden werden, alleine die Debatte ist es wert, genügend Zeit dafür zu investieren. Das Geschäft fordert unsere Aufmerksamkeit. Und ich denke, es wäre vermessen, wenn ich mit einem geplanten Apéro den Sitzungsablauf sozusagen bereits antizipiert hätte; das wäre respektlos gegenüber dem Geschäft. Es wird Gelegenheit zum Feiern geben, aber nicht heute. Jetzt geht es zuerst darum, zu arbeiten, womit die die heutige Sitzung eröffnet ist.

(Applaus)

Protokollauszug an

- Gemeinderat

2. ESP Bahnhof – öffentlicher Raum: Genehmigung des Vorprojektes; Kreditbewilligung für die Finanzierung der weiteren Planungsphasen und der baulichen Realisierung; Übertragung der Zuständigkeit zur Beschlussfassung über die einzelnen Bauprojekte und Objektkredite an den Gemeinderat bzw. an den Stadtrat; Verabschiedung der Botschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 19. Mai 2019

I Eintretensfrage:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle fest, dass das Eintreten unbestritten und schweigend genehmigt ist.

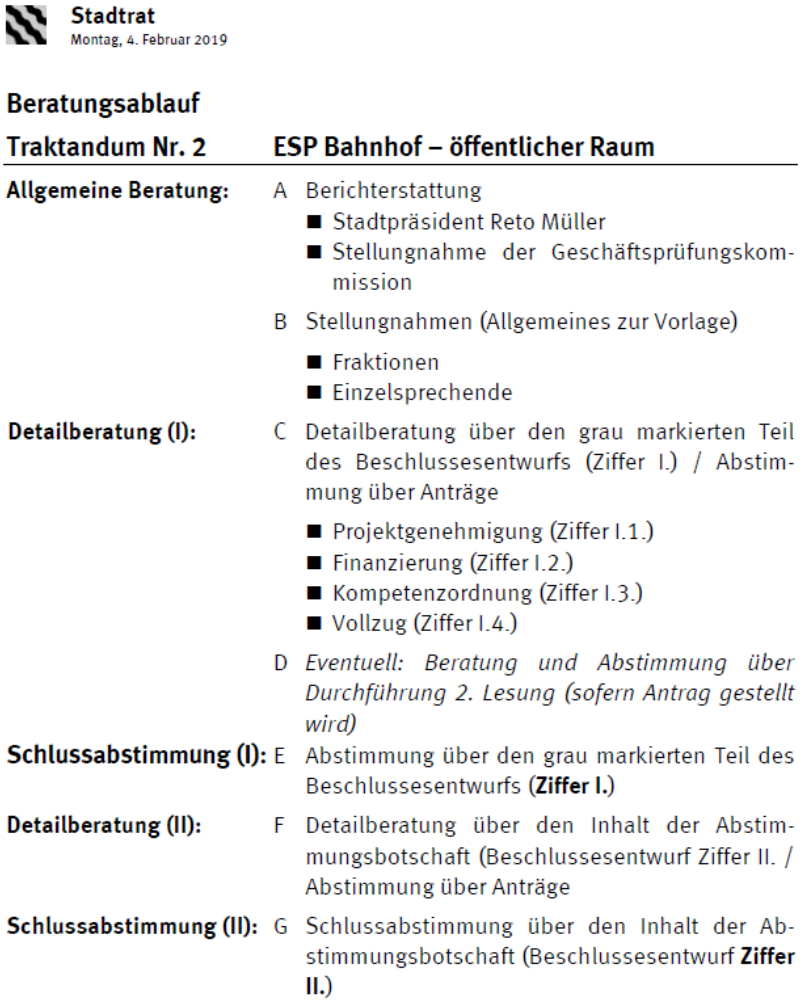
II Detailberatung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Zuallererst präsentiere ich Ihnen den geplanten Beratungsablauf, wie er eingeblendet ist.

Es beginnt mit einer allgemeinen Beratung, das ist Punkt A und B mit entsprechender Berichterstattung des Stadtpräsidenten und der Geschäftsprüfungskommission sowie den Stellungnahmen der Fraktionen und Einzelsprechenden. Ich bitte Sie, da in den Voten noch keine konkreten Anträge zu stellen, sondern sich auf die Grundsatzdiskussion zu beschränken.

Es folgt eine Detailberatung zum grau markierten Teil des Beschlussentwurfs, das ist römisch Ziffer I. im Bericht und Antrag des Gemeinderates, der Ihnen vorliegt.

Die Diskussion wird über alle vier Unterziffern I.1. bis I.4. getrennt geführt und Variantenanträge werden getrennt ausgemehrt.



Im Anschluss folgt, aber nur sofern ein entsprechender Antrag gestellt wird, separat eine Beratung und Abstimmung über die Durchführung einer 2. Lesung. Es folgt die Schlussabstimmung über römisch Ziffer I. und je nach Abänderung dessen, um das schon mal zu erwähnen, ergeben sich dann allenfalls Folgeimplikationen von römisch Ziffer II. für die Botschaft. Es folgt Punkt F, die Detailberatung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft, und am Schluss Punkt G, die Schlussabstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft. Ich stelle fest, dass der Beratungsablauf nicht bestritten wird.

A Berichterstattung

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Bei aller Bescheidenheit trotzdem noch der Hinweis: Die Stadt Langenthal ist Wakkerpreisträgerin 2019. Deshalb haben wir Ihnen auch ein kleines Dossier dazu abgegeben.

Wir können auch stolz auf solche Sachen sein und machen "wakker" weiter!

Der Entwicklungsschwerpunkt ESP Bahnhof, den wir nun miteinander angehen, ist den meisten von Ihnen bereits bestens bekannt, da Sie an mehreren öffentlichen Anlässen oder Sprechstunden bereits viele Informationen haben zur Kenntnis nehmen können. Trotzdem: Der heutige Bahnhof ist in die Jahre gekommen. Es herrscht ein "ohnehin"-Bedarf an einer grundsätzlichen Sanierung, welcher teilweise bereits durch die SBB Immobilien beim Bahnhofsgebäude realisiert wird.

Der eingeblendete Platz im Süden ist überfordert. Er muss immer mehr Funktionalitäten gerecht werden: Es gab in den letzten Jahrzehnten mehr Busse, die Frequenzen wurden ständig erhöht, der motorisierte Individualverkehr hat zugenommen, die Pendlerinnen- und Pendlerfrequenz ist enorm gestiegen in den letzten Jahren und die Anzahl Veloabstellplätze reicht schon seit Jahren nicht mehr aus, was allen bekannt ist.

Die Fussgängerunterführung, zumindest jene, die in den Norden führt, ist schmal und verwinkelt. Man sieht nicht bis an das Ende und sie ist teilweise dunkel. Sie ist nicht wirklich eine Visitenkarte für unsere Stadt. Wir haben auch Entwicklungspotential, das wir anpacken wollen, bei diesem Bahnhof. Und wir erwarten auch einen Multiplikatoreffekt durch private Investoren, insbesondere im Norden.

Der Norden an und für sich ist ebenso ein Thema: Wir wollen ihn viel besser erschliessen, als dies heute der Fall ist.

Der Aufgang im Norden ist weder adäquat, noch ist er behindertengerecht ausgestaltet (Treppe). Das ist heute so nicht mehr zulässig.

Was soll entstehen? Wir wollen die Sicherstellung der langfristigen Drehscheibenfunktion unseres Bahnhofs erhalten. Er ist ein wichtiger Umsteigepunkt für die gesamte Region. Es gibt eine Verdoppelung der Bushaltekanten im Perimeter, die künftig für allfällige Gelenkbusse genutzt werden können. Weiter muss das Behindertengleichstellungsgesetz möglichst so umgesetzt werden, dass es nicht zu Beanstandungen kommt.

Dann wird mit dem Vorprojekt der Ausbau der gedeckten Wartemöglichkeiten angestrebt. Und es kommt zum Ausbau der unter- und oberirdischen Fahrradabstellplätze, welche mit dem Projekt insgesamt verdoppelt werden. Im Übrigen wird der Platz, weiterhin als Platz belassen. Die einschneidendste Entscheidung fällte der Gemeinderat bereits, nämlich, dass er die zukünftige Überfahrt des motorisierten Individualverkehrs nicht mehr gestatten wird.

Von der anderen Seite betrachtet, ist die neue Gestaltung vor dem Restaurant Da Luca oder "chez Fritz", in Anlehnung an den historischen Charakter zu sehen. Es ist ersichtlich, dass versucht wird, im Süden die bestehenden Grundangebote möglichst zu erhalten. Es wird weniger, aber es wird Parkierungsmöglichkeiten für den motorisierten Individualverkehr geben.

Auch die Taxiplätze bleiben bestehen, die allerdings etwas vom Zentrum des Platzes abrücken. Auf diesem Platz soll die grösstmögliche Flexibilität erhalten bleiben. Er ist aufwärtskompatibel, etwa auch für andere Buslinien oder Befahrbarkeiten von anderen Liniensystemen der Zukunft. Er soll im Norden, wie auch im Süden, eine neue Visitenkarte für die Ankunft und Abfahrt ergeben. Auch die historischen Gebäude werden mit der Gestaltung respektiert, die dort teilweise im Mittelpunkt stehen. Wir wollen einen neuen Ankunfts- und Begegnungsort für Langenthal schaffen, was sich auch im Süden wiederspiegelt.

Unter dem Platz im Süden ist die bewachte "Velostation" abgebildet, wie sie gemäss Projekt geplant ist.

Sie verfügt über eine kleine Loge, wo dann allenfalls kleinere Reparatur- und Reinigungsdienste angeboten werden können.

Geplant ist die Verbreiterung der Passage für den Fahrrad- und Fussverkehr mit einem separaten Fahrweg für den Fahrradverkehr.

Es wird also eine separate Velounterführung durch die neue Passage geben, der auch die bislang bestehende Quartiertrennung zwischen Zentrum und Hard stark vermindern soll. Das heisst, die Trennwirkung, welche die SBB-Stammlinie für Langenthal hat, soll möglichst verkleinert werden, was sich auch im Norden zeigt.

Hier sind im Gegensatz zur heutigen Situation fast die meisten Veränderungen sichtbar.

Es gibt neu einen breiten, öffentlichen Zugang und eine direkte Verbindung für den Langsamverkehr.

Auch der nördliche Stadtteil erhält einen chancengleichen Zugang zum Bahnhof, wo bislang mit Kinderwagen oder Rollstuhl immer ein Umweg in Kauf genommen werden musste.

Auch hier erfolgt ein Ausbau der ober- und unterirdischen Veloabstellplätze. Es soll ein zentraler öffentlicher Freiraum entstehen, welcher dann hoffentlich von der angestrebten Entwicklung der Mobimo auf dem Geiserareal flankiert wird. Zusätzlich soll im Norden das Grundangebot auch für die Autos sichergestellt werden, indem allenfalls mit der Realisierung eines Parkhauses sogar der Ausbau der bestehenden Parkierungsmöglichkeiten angestrebt wird.

In der weiteren Achse Richtung Hasenmattstrasse gibt es eine Aufwertung mittels Überdeckung des bestehenden Kanals, damit dort eine Langsamverkehrsachse, sowohl für Fussgänger wie Fahrradfahrende, realisiert werden kann.

Der heute vorliegende Beschlussentwurf gliedert sich in folgende Teile:

Genehmigung des Vorprojektes, Finanzierung eines Rahmenkredites von Fr. 70.8 Mio. (inkl. MWST) und eine Kompetenzdelegation an den Gemeinderat, damit dieser die einzelnen Objektkredite in seiner Verantwortung bewilligen und die entsprechenden Teile auslösen kann.

Fr. 70.8 Mio. beträgt der Rahmenkredit.

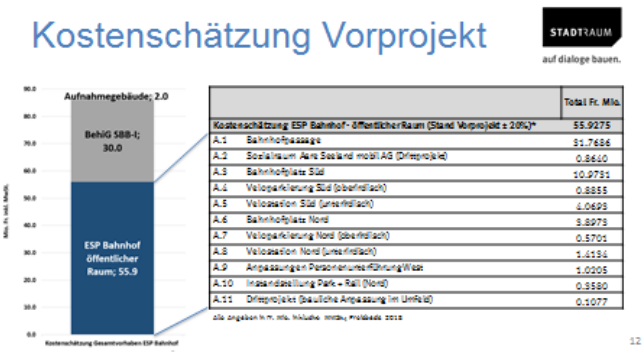
Insgesamt reden wir von einem Infrastrukturvorhaben von circa Fr. 90 Mio. Auf den ESP Bahnhof, welcher eingeblendet dem rot markierten Bereich entspricht, entfallen Fr. 56 Mio. Fr. 30 Mio. investieren die SBB in die Perronverbreiterung und Perroneerhöhung P55, da sie die Perrons ebenfalls an das BeHiG anpassen müssen. Weiter ausgewiesen sind die Fr. 2 Mio., welche derzeit in die Sanierung des Aufnahmegebäudes investiert werden.

Im dunkelgrauen Bereich wird eine Entwicklung mit Immobilienentwickler auf dem Areal der Firma Geiser agro.com angestrebt, welche nicht beziffert werden kann.

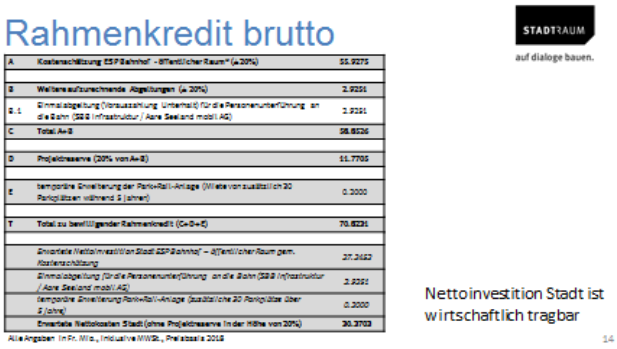
Innerhalb der ausgewiesenen Fr. 90 Mio. ist das im Untergeschoss vom Gemeinderat angestrebte Park & Rail noch nicht enthalten. Auch dort wäre jedoch eine Kantonsbeteiligung zu erwarten. Der Anteil der Stadt, die Nettoinvestition, beträgt rund Fr. 27 Mio.

Eingeblendet sind die Zahlen detaillierter, also auf mehr Ziffern und weniger gerundet, ausgewiesen. So resultiert letztlich ein Betrag von Fr. 55.9275 Mio., oder gerundet eben Fr. 56 Mio. (Kosten des Bauprojekts).

Die Bahnhofspassage ist mit Fr. 31 Mio. natürlich der grösste Posten. Dann folgt der Bahnhofplatz Süd, der mit knapp Fr. 11 Mio. in die Rechnung einfliesst.



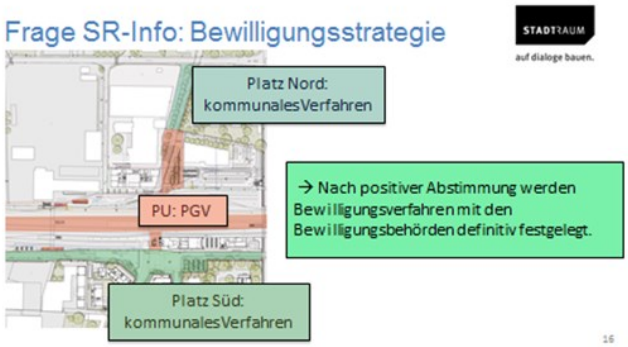
Der Grund, dass dem Volk basierend auf einem Vorprojekt ein Rahmenkredit von rund Fr. 70.8 Mio. beantragt wird, liegt insbesondere darin, dass zusammen mit den SBB eine grösstmögliche Planungssicherheit erreicht werden soll. Es entsteht ein ausgewiesener Synergiegewinn, wenn die Bauwerke gemeinsam geplant und dann gestaffelt oder parallel gebaut werden können.



Plus/minus 20 % auf die Kostenschätzung bedeutet, dass damit eine Projektreserve von Fr. 11.7705 Mio. besteht. Hinzu kommt die zu leistende Einmalabgeltung von Fr. 2.9 Mio. für die Personenunterführung, welche die SBB für die Stadt Langenthal ausbaut, zukünftig auch unterhält und saniert und in Stand stellt.

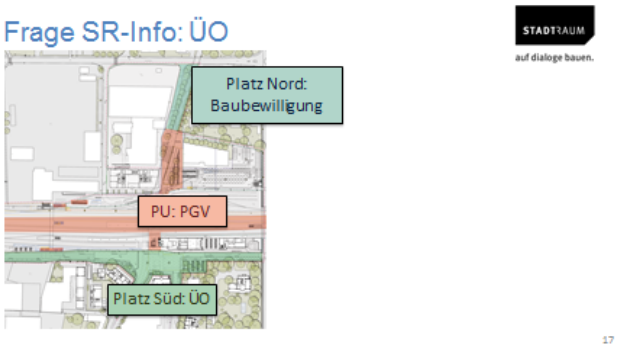
Im Perimeter Süd ist, wie bereits erwähnt, geplant, die bisherigen Parkplätze erhalten zu können. Hierfür sind Fr. 200'000.00 eingerechnet, damit eine Miete von zusätzlichen 30 Parkplätzen während 5 Jahren ermöglicht werden kann, was dem geplanten Realisierungszeitpunkt des allfälligen Parkhauses entspricht. Unter dem ausgewiesen "T", also dem Total des zu bewilligenden Rahmenkredits, sind die geplanten Nettoinvestitionen der Stadt ausgewiesen: Fr. 27.2452 Mio. für das Bauprojekt, eine Einmalabgeltung von Fr. 2.9 Mio. und die temporäre Zumietung von Parkplätzen (Fr. 200'000.00), was zu den Nettoinvestitionen von insgesamt Fr. 30.3703 Mio. führt.

Zu den eingegebenen Fragen und Antworten (FAQs), die schriftlich haben beantwortet werden können, sind zwischenzeitlich noch zwei zusätzliche Fragen aufgetaucht, deren Beantwortung in Aussicht gestellt wurde. Zum einen wurde die Frage nach der Bewilligungsstrategie gestellt. Die gesamten Perronanlagen, die Unterführung und den Bahnhofaufgang im Norden werden im sogenannten Plangenehmigungsverfahren (PGV) des Bundes genehmigt.



Der Süden wird, auch auf Wunsch der SBB, von diesem PGV entkoppelt. Dies auch, um eine gewisse Risikominimierung zu erreichen. Für den Platz im Norden, also die geplante Überdeckung über den bestehenden Kanal, sowie für den Platz im Süden ist aus heutiger Sicht klar, dass es ein kommunales Verfahren brauchen wird.

Jedoch ist heute noch immer nicht abschliessend klar, was genau dort gemacht werden muss. Die Frage, ob es eine Überbauungsordnung braucht, und ob es eine Überbauungsordnung mit oder ohne Referendum braucht, ist noch offen. Auch die Landerwerb-Thematik ist betroffen, die nach heutigem Stand nicht geklärt ist. Gemäss heutigem Wissensstand ist davon auszugehen, dass die Überdeckung im Norden mit einer Baubewilligung gelöst werden kann.



Beim Platz Süd ist dagegen heute eher davon auszugehen, dass es eine Überbauungsordnung braucht. Falls über diesen, und nicht einen vertraglichen, Weg der Landerwerb realisiert werden muss, so weicht man so von Art und Mass der bestehenden Nutzung ab, womit eher eine Überbauungsordnung benötigt wird.

Eine weitere Frage sei in der Vorberatung aufgetaucht: Die Frage nach Urheberrechten. Wer trägt diese? Auch das möchte ich hier kurz erläutern: Die Urheberrechte über die eingereichten Arbeiten verbleiben bei den Verfassern. Das wurde im Studienverfahren nach SIA so festgelegt. Da das Projektteam, bzw. das Verfasserteam, auch die Projektweiterbearbeitung gewann, wird eine Weiterentwicklung in Abstimmung mit dem Team immer unkompliziert erfolgen.

Problematisch könnte es werden, wenn plötzlich das bestehende Team ausgewechselt werden soll und ein anderes Team das Projekt fertig baut, wovon aber nicht auszugehen ist. Auch diese Frage wurde, wie auch die vorangehenden, nochmals mit externen Planungsjuristen, respektive Carlo Fahrländer, besprochen und beurteilt. Es wurde dann die Frage gestellt: Verhält es sich dann so wie beim Wuhrplatz? Auch das wurde nochmals angeschaut. Dort war es jedoch so, dass ein Wettbewerb über ein Gestaltungskonzept durchgeführt wurde, worauf eine urheberrechtliche Auseinandersetzung folgte. Hier ist nicht von der gleichen Situation auszugehen.

Ich habe bereits der Geschäftsprüfungskommission versprochen, mich nicht mehr episch "des Langen und Breiten" zu äussern, obwohl es ein Jahrhundertprojekt ist.

Relativ viele Informationen sind bereits geflossen. Auch wenn das nun vielleicht für die Medien nicht mehr so spannend ist.

Ich bedanke mich recht herzlich für die Aufmerksamkeit, aber auch für das Vertrauen, dass Sie heute hoffentlich in die Hände der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für die Abstimmung legen.

Ich danke für das Vertrauen, das Sie dem Gemeinderat für die weitere Ausführung schenken. Danke, dass Sie Ihre Verantwortung übernehmen und jetzt darüber debattieren.

GPK-Präsident Pascal Dietrich (FDP): Tatsächlich handelt es sich um ein Jahrhundertprojekt. Auch der Geschäftsprüfungskommission ist dieses sehr grosse Projekt wichtig, weshalb sie sich detailliert damit auseinandergesetzt hat. Ich kann aber bereits vorweg nehmen, dass die Geschäftsprüfungskommission mit den präsentierten Unterlagen im Grossen und Ganzen sehr gut zufrieden war. Vor allem war sie aber mit dem Gemeinderat und der Verwaltung auch deswegen zufrieden, dass im Vorfeld mehrere Informationsveranstaltungen durchgeführt wurden, sei es für die Öffentlichkeit oder exklusiv für den Stadtrat. Die Geschäftsprüfungskommission stellte fest, dass dies sehr geschätzt wurde und, dass dies ein sehr gutes Vorgehen war, da es logischerweise viele offene Fragen gab, die aber so in mehreren Anläufen geklärt werden konnten. Für das wurde dem Gemeinderat und der Verwaltung gedankt. Die Geschäftsprüfungskommission stellte weiter, um auch das vorweg zu nehmen, fest, dass das Geschäft formell korrekt vorbereitet wurde und, dass es in formeller Hinsicht keine Einwände gibt.

Diverse Fragen wurden nochmals kurz diskutiert, worüber ich Ihnen kurz eine Zusammenfassung geben möchte. Das erste betrifft die Frage nach den Urheberrechten. Hierzu hat Stadtpräsident Reto Müller soeben bereits Stellung bezogen, weshalb ich das überspringen kann. Das sollte kein Problem sein. Weiter fragte die Geschäftsprüfungskommission nach, mit wie vielen Objektkrediten, die dann in der Kompetenz des Gemeinderates liegen, zu rechnen ist. Die Antwort ging dahin, dass dies noch nicht ganz klar ist. Es seien mindestens drei (Platz im Norden, Platz im Süden und die Passage), es könne aber sein, dass es noch einen vierten, fünften oder sogar sechsten Objektkredit brauchen wird. Klar ist das noch nicht. Es sei aber sicherlich nicht so, dass es zwanzig oder dreissig solcher Objektkredite sind. Wir bewegen uns also wahrscheinlich irgendwo zwischen drei und sechs.

Ein weiteres Thema der Geschäftsprüfungskommission war die Perronverkürzung, die ebenfalls nicht ganz klar ist. Es gibt noch immer leicht widersprechende Aussagen, ob das Perron nun verkürzt wird, oder nicht. In diesem Zusammenhang wurde dem Gemeinderat nochmals mit auf den Weg gegeben, dass bei der SBB darauf hinzuarbeiten ist, dass eben keine Perronverkürzung stattfindet. Das wäre wohl wirklich ein Schildbürgerstreich. Vielleicht wird nicht die gesamte Länge auf die 55 cm ausgebaut, aber jetzt Perrons abzubrechen im Zusammenhang mit dem ESP Bahnhof, das wäre falsch.

Auch die Frage, ob es nun Überbauungsordnungen braucht oder nicht, wurde in der Geschäftsprüfungskommission länger diskutiert. Viel mehr kann heute effektiv noch nicht gesagt werden. Das ist einfach noch nicht klar. In diesem Zusammenhang wurde auch diskutiert, wie die Kompetenzdelegation an den Gemeinderat genau aussieht. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob damit eine Projektverzögerung in Kauf genommen werden muss, oder, wenn dies nicht gemacht wird, eine noch grössere Projektverzögerung in Kauf genommen werden muss. Schliesslich wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es wirklich zwingend notwendig ist, dass die Zuständigkeit zur Genehmigung der Überbauungsordnung, falls es eine gibt, mit der Zuständigkeit zur Bewilligung des Objektkredits verbunden wird. Das heisst, dass wenn es eine Überbauungsordnung gibt, und diese dem Stadtrat vorgelegt wird, dann auch der Objektkredit damit verbunden wird. Hier wurde relativ lang hin und her diskutiert.

Von Seiten des Gemeinderates kam denn auch zum Ausdruck, dass man dort auch eine politische Komponente sieht, wo man ein Stück weit die Meinung des Stadtrates abholen will. Auch sieht man es so, wenn sich der Stadtrat ohnehin mit der Überbauungsordnung beschäftigen muss, dass er sich im gleichen Zug auch gleich mit dem Objektkredit auseinandersetzen kann. Die Geschäftsprüfungskommission nahm das so zur Kenntnis und stellte in der weiteren Diskussion fest, dass es am Ende auch eine politische Frage ist. Daher wird von der Geschäftsprüfungskommission da auch kein Antrag gestellt, da dies die Fraktionen politisch ausmarchen sollen.

Das waren ungefähr die wichtigsten Themen, welche die Geschäftsprüfungskommission diskutierte. Abschliessend kann ich nochmals sagen, dass die Geschäftsprüfungskommission zufrieden war, wie der Gemeinderat dieses Geschäft vorbereitet hat. Auch ist sehr sinnvoll, dass ein Vorversand gemacht wurde, bei einem solch grossen Geschäft. Das könnte allenfalls auch als Beispiel Schule machen.

B Stellungnahmen (Allgemeines zur Vorlage)

FDP/jll-Fraktion, Roland Bader (FDP): Vorab möchte sich die FDP/jll-Fraktion für die sehr umfangreiche Arbeit, welche im Vorfeld bis jetzt geleistet wurde, bedanken. Die beiden durch die Stadt durchgeführten Informationsveranstaltungen fanden wir sehr hilfreich und informativ. Die meisten unserer Fragen wurden an diesen Veranstaltungen beantwortet. Auch der frühe Aktenversand vor Neujahr war zur Vorbereitung dieses Geschäfts enorm wichtig und hilfreich. Die FDP/jll-Fraktion steht diesem Projekt ESP Bahnhof positiv gegenüber und freut sich, dieses Jahrhundertprojekt in Angriff zu nehmen. Wir werden dieses Geschäft einstimmig unterstützen. Uns ist bei der Umsetzung wichtig, dass sehr genau auf die Fristen geachtet wird, um die von Bund und Kanton zugesicherten Subventionen rechtzeitig abholen zu können. Weiter ist sehr genau auf die Kosten zu achten bei der Umsetzung; sei dies durch die Projektleitung oder durch eine vorgeschaltete Kommission. Auch ist der Stadtrat laufend über die Kosten und allfällige Probleme zu informieren. Die FDP/jll-Fraktion wird später zum Beschlussentwurf einen Antrag stellen.

SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP): Auch die SVP-Fraktion möchte für die sehr guten, genauen und sauberen Unterlagen sowie die abgehaltenen Besprechungen und die guten und gut dokumentierten Vororientierungen danken. Mit diesem Grossprojekt gestalten wir aktiv die Gegenwart und Zukunft für die nächste Generation. Wir richten nicht mit der "grossen Kelle" an, sondern mit Verstand, fachlicher Umsicht, politischem Gestaltungswillen, Visionskraft, Vernunft und Demut. Das mag poetisch klingen aus dem Mund eines Planers, wo doch eher zu Trockenheit und Kalkulation neigt. Mir scheint dies aber in Anbetracht der finanziellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dimension dieses Bauvorhabens durchaus am Platz, und ich sehe in der Neugestaltung dieses öffentlichen Raumes beim Bahnhof ein Kernelement der Stadt. Der Langenthaler Meilenstein dieses Jahrhunderts. Den dürfen wir nicht "verhauen". Denn wir vermählen mit diesem Bauvorhaben den wachsenden Individualverkehr, Fussgänger, Velos, Autos und den öffentlichen Verkehr im öffentlichen Raum. Mit praktischen Wegen in gut gestalteter Architektur. Wir verbinden zudem Norden und Süden von Langenthal über diesen Knotenpunkt. Wir optimieren miteinander die Mobilität. Wir machen aus bisher zwei Stadtteilen ein ganzes Langenthal. Stark, stolz und dankbar. Das gelingt uns mit dem vorliegenden Projekt ökonomisch sinnvoll, ökologisch massvoll.

Die Zahlen sprechen dafür. Zwar kostet das ganze Vorhaben Fr. 70.8 Mio. Rahmenkredit, wie es auch in der Vorlage zur Abstimmung zum Ausdruck kommt. Aber nur Fr. 30 Mio. müssen wir Langenthalerinnen und Langenthaler dafür zahlen. Der Rest kommt von Bund und Kanton, da das ganze Projekt ein Agglomerationsprojekt ist und die Entscheidungsträger, der Bund und der Kanton, überzeugt von diesem Projekt sind. Da möchte ich eine kleine Klammer öffnen und gebe der Presse mit, dass sich die Ohnehin-Kosten – also wenn es zu einem Nein zur Vorlage käme, womit möglichst nichts gemacht und investiert würde – bei ungefähr Fr. 15 Mio. bewegen werden. Das ist die ganze Sanierung der Unterführung unterhalb des Bahnhofplatzes, wo heute Bleche montiert sind, damit es uns nicht auf den Kopf regnet.

Das sind die ganzen Belagsarbeiten, Einstellungsrechte und alles, was es weiter dort anzupassen gibt, wofür wir wie gesagt bei insgesamt Fr. 15 Mio. landen. Klammer geschlossen.

Für mich als Architekt und Planer und Verkehrspolitiker und stolzer Bürger von Langenthal ist dies keine Frage: Dieser Meilenstein für Fr. 30 Mio. für die optimierte Neugestaltung des Bahnhofs, den wollen wir setzen und stolz darauf sein. Auch ist es gut fundiert, da es mit dieser Ausgabe keine Steuererhöhung gibt. Verzeiht mir diesen saloppen Ausdruck, da die Stadt immerhin Fr. 30 Mio. investiert. Aber was dort entsteht, ist eigentlich mit Blick auf das Preis-/Leistungsverhältnis glatt ein städtebauliches wie verkehrsplanerisches "Schnäppchen". Es ist höchst rentabel investiert in die Zukunft der "prosperierenden Stadt Langenthal" und in den Knoten- und Angelpunkt der ganzen Agglomeration. Wir als Stadträte sollten eigentlich ein klares Zeichen an unsere Stimmbürger geben und nicht noch eine zweite Lesung beantragen. Zur Botschaft möchte ich auch noch gleich etwas sagen, auch wenn sie etwas später erst an der Reihe ist, aber dann habe ich das gesagt. Ich finde die Botschaft sehr gut, alles ist feinsäuberlich aufgelistet, Schritt für Schritt kann verfolgt werden, alles ist klar umschrieben. Den Erstellern möchte man eigentlich ein Kränzchen winden und Merci sagen. Schade ist nur, dass diese Botschaft sehr wenig gelesen wird. Meinen Ausführungen kann man entnehmen, dass die SVP-Fraktion der Vorlage einstimmig zustimmt.

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Wir haben an diesem Abend ein einmaliges Geschäft vor uns. Ein einmalig grosses, ein einmalig teures, aber auch eine einmalige Chance für Langenthal. Es ist ein Jahrhundertprojekt, wobei ich nicht der Erste bin, der das sagt. Es bietet uns die einmalige Gelegenheit, mit einem Einsatz von, ich gehe das auch mal salopp an, plus/minus Fr. 30 Mio., das ein Gesamtprojekt im Wert vom schlussendlich Mehrfachen auslöst. Diese Chance, und da ist sich auch die SP/GL-Fraktion einig, dürfen wir nicht verpassen. Spezielle Projekte erfordern manchmal spezielle Vorgehensweisen. Aufgrund der Ausgangssituation des Gesamtprojektes mit externen Partnern, vor allem der SBB, und da gewisse Fördergelder sowohl zeitlich als auch inhaltlich gebunden sind, müssen wir hier eine spezielle Vorgehensweise wählen und dürfen am heutigen Abend im doppelten Sinn, zum ersten und zum letzten Mal etwas zu diesem Geschäft sagen; immer unter der Voraussetzung natürlich, dass es keine zweite Lesung gibt, aber nach dem sieht es heute nicht aus. Danach können wir das Geschäft in die Hände des Gemeinderates und der vorberatenden Kommissionen des Gemeinderates übergeben. Dass der Gemeinderat dann nach der Volksabstimmung die Kompetenzen hat, die einzelnen Teilprojekte selbstständig auszulösen, ist – bedingt durch die Rahmenbedingungen – korrekt und zielführend. Ein solches Vorgehen ist zwar für Langenthal in dieser Art einmalig, ist aber im Vergleich mit ähnlichen Projekten in anderen Gemeinden nicht ganz aussergewöhnlich. Wenn ich hier nach vorne zum Gemeinderat blicke, sehe ich auch genügend Kompetenz und politische Ausgewogenheit. Ich sehe Sparfüchse, Velofahrer, ich sehe Leute, die gerne ein bisschen Vorpreschen, ich sehe Bauunternehmer. Ich glaube, wir können ohne grosse Sorge dieses Geschäft dann dort vorne ansiedeln.

Ich glaube, wir sind uns alle einig, und da stimme ich meinen Vorrednern zu, dass wir den ESP Bahnhof in der Art und Weise, wie er uns im Vorprojekt dargelegt wird, wollen. Es gibt vielleicht den Einen oder Anderen, der weniger Veloabstellplätze möchte. Jemand möchte vielleicht ein wenig mehr Parkplätze oder die Anderen gerne noch einen Baum oder ein zusätzliches Dach über einer Haltestelle auf dem Bahnhofplatz Süd. Aber um das geht es aus unserer Sicht heute Abend nicht. Heute Abend geht es darum, das Projekt mit einem deutlichen und geschlossenen Ja in die Volksabstimmung zu schicken. Die SP/GL-Fraktion wird deshalb dieser Vorlage einstimmig zustimmen und wir hoffen, dass der Stadtrat in ähnlicher Art und Weise mitzieht.

EVP/glp-Fraktion, Jürg Schenk (EVP): Die EVP/glp-Fraktion studierte und diskutierte die ausführlichen Unterlagen und dankt hierfür. Ich nehme das Wort nochmals auf: Ein Jahrhundertprojekt. So wird der ESP Bahnhof immer wieder dargestellt. Zum Glück ein Jahrhundertprojekt. Denn bei diesen Zahlen zum Rahmenkredit kann einem auch ganz schwindlig werden. Und trotzdem ist die EVP/glp-Fraktion der Ansicht, dass wir es als Stadt wagen können, das Projekt zu realisieren.

Und trotzdem soll uns bewusst sein, dass die Realisierung eine Herkulesaufgabe sein wird, die viele Ressourcen binden wird. Und am Ende wird es, so denke ich, auch so sein, dass am Ende nicht alles 100% optimal umgesetzt wird. Wie bei den meisten Bauprojekten wird man hoffentlich mit den Erfahrungen ein bisschen schlauer. Aber es geht nun nicht um das, sondern darum, einen Schritt vorwärts zu machen und richtig zu starten, wobei die Planer ja schon längst begonnen haben.

Wie wir alle wissen, können Einsprachen zu einzelnen Details Projetverzögerungen hervorrufen. Dies kann Folgen haben, die die ganze Finanzierung gefährden könnte. Eine koordinierte Bautätigkeit mit anderen Bauherren ist zwingend nötig. Und ich bitte die Verantwortlichen jetzt schon, aktiv die Möglichkeiten zu nutzen und das Gespräch mit Organisationen und Einzelpersonen zu suchen, um Lösung auszuarbeiten, die risikovermindernd sein können für Verzögerungen. Die EVP/glp-Fraktion wird diesem Projekt zustimmen und ich freue mich, kurz vor meiner Pensionierung mit dem Velo durch die Unterführung durchzufahren.

C Detailberatung über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs (Ziffer I.) / Abstimmung über Anträge

Stadtratsratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es Einzelsprechende? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit geht es weiter mit der Detailberatung mit Punkt C nach dem eingeblendeten Beratungsablauf. Wie angekündigt, werden die einzelnen Beschlusspunkte unter römisch Ziffer I. einzeln beraten. Punkt 1: Die Projektgenehmigung. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Punkt 2: Gibt es hierzu Wortmeldungen? Auch das scheint nicht der Fall zu sein. Punkt 3: Gibt es hierzu Wortmeldungen?

FDP/jll-Fraktion, Roland Bader (FDP): Die FDP/jll-Fraktion stellt einen Antrag. Und zwar sollen bei Punkt Ziffer I.3 des Beschlussentwurfs die Kompetenzen des Gemeinderats erweitert werden, damit er auch dann über allfällige Objektkredite entscheiden kann, wenn es zu Überbauungsordnungen kommen sollte. Wieso das? Wir möchten das Verfahren vereinfachen, beschleunigen und keine Verzögerungen riskieren. Der Antrag lautet demnach, den Beschlusspunkt Ziffer I.3 wie eingeblendet abzuändern. Der rot markierte Abschnitt ist damit zu streichen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Möchte sich eine Fraktion zum Antrag der FDP/jll-Fraktion äussern?

Antrag Gemeinderat	**Antrag FDP/jll-Fraktion**
Die Einwohnergemeinde Langenthal (...) beschliesst:	Die Einwohnergemeinde Langenthal (...) beschliesst:
1. (...)	1. (...)
2. (...)	2. (...)
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die einzelnen Bauprojekte zu genehmigen und die zu deren Finanzierung notwendigen Objektkredite – unabhängig von deren Höhe im Einzelfall – zu bewilligen, sofern für die Realisierung der Teilprojekte keine Beschlüsse des Stadtrats gemäss Art. 60 Abs. 1 Ziff. 2 oder Art. 60 Abs. 2 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 notwendig sind. Sind solche Beschlüsse nötig, ist der Stadtrat ermächtigt, die einzelnen im Zusammenhang mit den Überbauungsordnungen stehenden Bauprojekte zu genehmigen und die zu deren Finanzierung notwendigen Objektkredite – ebenfalls unabhängig von deren Höhe im Einzelfall – zu bewilligen.	3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die einzelnen Bauprojekte zu genehmigen und die zu deren Finanzierung notwendigen Objektkredite – unabhängig von deren Höhe im Einzelfall – zu bewilligen, ~~sofern für die Realisierung der Teilprojekte keine Beschlüsse des Stadtrats gemäss Art. 60 Abs. 1 Ziff. 2 oder Art. 60 Abs. 2 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 notwendig sind. Sind solche Beschlüsse nötig, ist der Stadtrat ermächtigt, die einzelnen im Zusammenhang mit den Überbauungsordnungen stehenden Bauprojekte zu genehmigen und die zu deren Finanzierung notwendigen Objektkredite – ebenfalls unabhängig von deren Höhe im Einzelfall – zu bewilligen.~~
4. (...)	4. (...)

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Die SP/GL-Fraktion dankt der FDP/jll-Fraktion explizit für diesen Antrag. Für Vereinfachungen ist die SP/GL-Fraktion immer zu haben und wir werden diesen Antrag unterstützen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle fest, dass es keine weiteren Fraktionsvoten und keine Einzelsprechende gibt. Auch der Stadtpräsident verlangt das Wort nicht mehr. Damit kommen wir zur Abstimmung. Es stehen sich der Antrag des Gemeinderates und der Antrag der FDP/jll-Fraktion, mit entsprechender Änderung rot markiert, gegenüber. Ich bitte um Abgabe der Stimme:

Antrag Gemeinderat	Antrag FDP/jll-Fraktion
Die Einwohnergemeinde Langenthal (...) beschliesst:	Die Einwohnergemeinde Langenthal (...) beschliesst:
1. (...)	1. (...)
2. (...)	2. (...)
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die einzelnen Bauprojekte zu genehmigen und die zu deren Finanzierung notwendigen Objektkredite – unabhängig von deren Höhe im Einzelfall – zu bewilligen, sofern für die Realisierung der Teilprojekte keine Beschlüsse des Stadtrats gemäss Art. 60 Abs. 1 Ziff. 2 oder Art. 60 Abs. 2 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 notwendig sind. Sind solche Beschlüsse nötig, ist der Stadtrat ermächtigt, die einzelnen im Zusammenhang mit den Überbauungsordnungen stehenden Bauprojekte zu genehmigen und die zu deren Finanzierung notwendigen Objektkredite – ebenfalls unabhängig von deren Höhe im Einzelfall – zu bewilligen.	3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die einzelnen Bauprojekte zu genehmigen und die zu deren Finanzierung notwendigen Objektkredite – unabhängig von deren Höhe im Einzelfall – zu bewilligen, ~~sofern für die Realisierung der Teilprojekte keine Beschlüsse des Stadtrats gemäss Art. 60 Abs. 1 Ziff. 2 oder Art. 60 Abs. 2 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 notwendig sind. Sind solche Beschlüsse nötig, ist der Stadtrat ermächtigt, die einzelnen im Zusammenhang mit den Überbauungsordnungen stehenden Bauprojekte zu genehmigen und die zu deren Finanzierung notwendigen Objektkredite – ebenfalls unabhängig von deren Höhe im Einzelfall – zu bewilligen.~~
4. (...)	4. (...)

Abstimmung:	
Antrag Gemeinderat:	3 Stimmen
Antrag FDP/jll-Fraktion:	**33 Stimmen**
Enthaltungen:	1 Stimme

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es weitere Anträge zu Ziffer I. 3? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es zu Ziffer I.4 Anträge oder Wortmeldungen? Auch das scheint nicht der Fall zu sein.

D Beratung und Abstimmung über Durchführung 2. Lesung (sofern Antrag gestellt wird)

Stadtratsratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle der Form halber die Frage explizit: Wird der Antrag gestellt auf eine 2. Lesung? Auch das scheint nicht der Fall zu sein.

E Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs (Ziffer I.)

Stadtratsratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Damit folgt die Schlussabstimmung über den bereinigten grau markierten Teil des Beschlussentwurfs (Ziffer I.) und ich bitte um Abgabe Stimme.

■ **Der Stadtrat stimmt** dem grau markierten Teil des Beschlussentwurfs (Ziffer I./1. – 4.) **mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) zu.**

F Detailberatung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft (Beschlussesentwurf Ziffer II.) / Abstimmung über Anträge

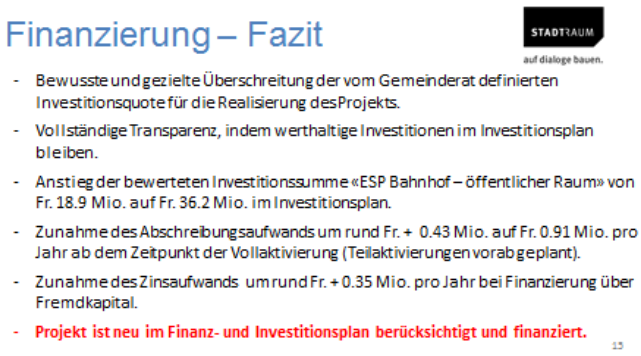
Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es folgt die Beratung der Botschaft, Punkt F. gemäss Beratungsablauf. Ich möchte bereits an dieser Stelle im Sinne einer Vorbemerkung deponieren, dass wir aufgrund der Änderung des Beschlusspunktes Ziffer 1.3 gewisse – eher redaktionelle Änderungen – der Botschaft haben werden. Soweit nicht aus der Mitte des Stadtrates ein entsprechender Antrag folgt, hat das Präsidium einen entsprechenden Antrag parat für die entsprechende redaktionelle Bereinigung. Weiter wird es einen zweiten Antrag geben, der ein formaljuristisches Detail betrifft. Gibt es im Grundsatz zur Botschaft Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Botschaftsberatung erfolgt nun seitenweise.

Ich stelle fest, dass zu Seiten 1 bis 8 keine Wortmeldungen erfolgt sind.

Seite 9

Paul Werner Beyeler (EVP): Wenn ich das ganze Finanzierungsprojekt richtig verstanden habe, werden hier einige Zusatzinvestitionen später noch dazukommen, da noch andere Projekte in den ganzen Rahmen hineinkommen. Im Abschnitt "Finanzfolgekosten" sind die Zinskosten und der Abschreibungsaufwand enthalten. Müsste nicht noch irgendwo aufgenommen werden, dass es noch zusätzliche Konsequenzen und Finanzierungen gibt?

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich habe nicht genau erfassen können, was genau gemeint ist. Denn es ist ja von den Finanzfolgekosten die Rede. In der Präsentation gibt es noch eine Folie, die vorher noch nicht gezeigt wurde und die nun eingeblendet ist. Was die gesamte Auswirkung anbelangt der Finanzströme, wenn das denn eintrifft, dass plus 20 % aufgewendet werden müssen.



Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass es eine Ausdehnung des Projektes gab bzw. dass es Mehrkosten gibt gegenüber dem, was ursprünglich im Investitionsplan angenommen wurde. Jetzt weiss ich nicht genau, was genau mit den Finanzfolgekosten gemeint ist? Wir haben eine Zunahme des Abschreibungsaufwandes durch die höhere Investition von Fr. + 0.34 Mio. auf Fr. 0.91 Mio. pro Jahr, wenn alle Kosten plus 20% so eintreten ab dem Zeitpunkt der Vollaktivierung. Daraus würde eine Zunahme des Zinsaufwands um rund Fr. 350'000.00 pro Jahr resultieren, wenn dies über Fremdkapital finanziert werden müsste. Gemeint ist aber in der Fragestellung vielleicht eher, wenn nun noch ein Parkhaus dazugerechnet werden würde, wie es sich dann verhalten würde.

Werner Paul Beyeler (EVP): Also wenn ich die Leistungsvereinbarung richtig verstehe, ist der ESP Bahnhof natürlich der grösste Teil. Aber in die Leistungsvereinbarung gehören noch kleinere Projekte hinein, die insgesamt noch ein paar Millionen ausmachen. Die müssen ebenfalls gemacht werden, da es andernfalls Beitragskürzungen geben könnte, da die Leistungsvereinbarung nicht mehr erfüllt wäre. Es geht um das gesamte Agglomerationsprogramm, bei welchem der ESP Bahnhof einfach ein Teil ist.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Jein. Im Agglomerationsprogramm müssen gewisse Teile als "A" Massnahmen realisiert werden. Die gehören aber nicht als Einheit der Materie zum Projekt ESP Bahnhof. Das sind Einzelprojekte, die dann auch einzeln im Investitionsplan mit einer einzelnen Ziffer ausgewiesen sind. Aber es ist natürlich so; wenn die "A" Massnahmen im Agglomerationsprogramm nicht realisiert werden, kann das auf künftige Agglomerationsprogramme "Mali" geben. Hier hat das aber keine direkten Auswirkungen, ausser, dass die Teile, welche im Agglomerationsprogramm unter dem Teil ESP Bahnhof eingegeben wurden, auch realisiert werden müssen. Sonst kann es, wenn der Bund zu einer anderen Bewertung der Wirkung kommt, Einschränkungen in der Finanzierung geben.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Die Frage ist beantwortet. Gibt es weitere Bemerkungen zu Seite 9 der Abstimmungsbotschaft?

Diego Clavadetscher (FDP): Das Ziel muss es sein, diese Botschaft möglichst widerspruchsfrei zu gestalten, damit nicht im letzten Moment, wenn wir es nicht mehr beeinflussen können, Fragen auftauchen oder Verunsicherungen entstehen.

Finanzierung, wirtschaftliche Tragbarkeit und Finanzfolgekosten

Finanzierung

Die Finanzierung der gesamten Investition erfolgt gemeinsam durch die Stadt, den Kanton Bern und die Eidgenossenschaft.

Die Finanzierung des Anteils der Stadt an den Kosten der weiteren Planungsphasen und an der baulichen Umsetzung des "ESP Bahnhof – öffentlicher Raum" erfolgt zu Lasten des Steuerhaushaltes. Daraus wird sich eine Mehrverschuldung der Stadt ergeben, weil für die Finanzierung Fremdmittel zu beschaffen sein werden.

Aus diesem Grund ersuche ich darum, unter dem Titel "Finanzierung, wirtschaftliche Tragbarkeit und Finanzfolgekosten" den ersten Satz ersatzlos zu streichen (Antrag = grüne Markierung).

Dieser Satz steht im Widerspruch zu dieser Vorlage, wie sie konzipiert ist. Die Vorlage verlangt ja, dass wir Fr. 70 Mio. sprechen, da die Stadt das im Moment alleine finanziert und erst später Beiträge von Bund und Kanton abholen kann. So ist es auch auf Seite 25 dieser Botschaft beschrieben. Es mag vielleicht spitzfindig sein, aber wenn wir Widersprüche in der Botschaft haben, führt das zur Verunsicherung, was niemandem dient. Ich stelle den Antrag, diesen Satz zu streichen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Dieser Antrag wurde leider nicht vorgängig eingereicht. Ich hoffe, dass trotzdem alle verstanden haben, um was es geht. Der Service funktioniert aber, der zu streichende Satz wird bereits grün markiert eingeblendet. Gibt es Voten zu dem Antrag?

Lars Schlapbach (SVP): Ich finde diesen Antrag gefährlich und falsch. Die Finanzierung ist am Schluss durch die Eidgenossenschaft, den Kanton und die Stadt zu tragen, was eine Tatsache ist. Natürlich wird im Vorfeld die Finanzierung durch die Stadt sichergestellt. Aber grundsätzlich kann man die Gelder abrufen. Es wäre eine Verfälschung der Botschaft. Es wäre schlecht in meinen Augen, weil die Kommunikation in der vorgeschlagenen Weise die richtige ist. Es wäre falsch, wenn wir es herausstreichen würden.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Der Gemeinderat konnte diesen Antrag zwar nicht beraten. Spontan muss ich aber sagen, dass Stadtrat Lars Schlapbach Recht hat..

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir nehmen das so zur Kenntnis. Ich bitte nun um Abgabe der Stimme zum Antrag Diego Clavadetscher:

Abstimmung:	
Ja	1 Stimme
Nein	**28 Stimmen**
Enthaltungen	8 Stimmen

Finanzierung, wirtschaftliche Tragbarkeit und Finanzfolgekosten

Finanzierung

Die Finanzierung der gesamten Investition erfolgt gemeinsam durch die Stadt, den Kanton Bern und die Eidgenossenschaft.

Die Finanzierung des Anteils der Stadt an den Kosten der weiteren Planungsphasen und an der baulichen Umsetzung des "ESP Bahnhof – öffentlicher Raum" erfolgt zu Lasten des Steuerhaushaltes. Daraus wird sich eine Mehrverschuldung der Stadt ergeben, weil für die Finanzierung Fremdmittel zu beschaffen sein werden.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle fest, dass zu Seiten 10 bis 20 keine Wortmeldungen erfolgt sind.

Seite 21

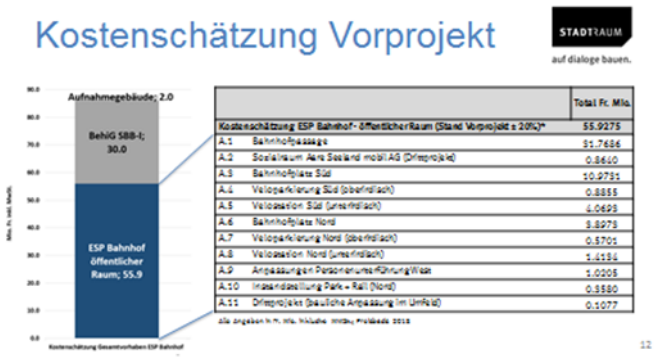
FDP/jll-Fraktion, Roland Bader (FDP): Wenn die Zahlen in der Tabelle auf der Seite 21 der Botschaft addiert werden, dann gibt es nicht die Fr. 55.9 Mio., sondern Fr. 56.1 Mio. Ich stelle den Antrag, dass dies korrigiert wird, damit das auch für den Bürger, der das liest, richtig ist.

Roland Loser (SP): Das wurde ja bereits anlässlich der Informationsveranstaltung festgestellt. Der Punkt ist effektiv, dass es unvermeidlich eine Differenz gibt, wenn die einzelnen Positionen gerundet und zusammengezählt werden. Deswegen wurden die Zahlen in der Präsentation des Stadtpräsidenten auf ungefähr vier Stellen nach dem Komma dargestellt. Man könnte es höchstens noch hinschreiben.

Lars Schlapbach (SVP): Es ist eine Botschaft und ich bin der Meinung, dass die Zahlen stimmen müssen, auch wenn sie hintendran nicht stimmen. Es sollte korrigiert werden.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Sie haben bereits in meiner Präsentation gesehen, dass die Zahlen auf vier Stellen nach dem Komma dargestellt wurden. Ich habe natürlich etwas Mühe, gegen die Vorlage des Gemeinderates zu sprechen, aber es ist kein Problem die Tabelle einfach auszuwechseln.

Sekretärin Janine Jauner: Das Thema wurde bereits anlässlich der Informationsveranstaltung aufgeworfen und die von Reto Müller erwähnten, auf vier Stellen nach dem Komma gerundeten Zahlen, wären beim Sekretariat des Stadtrats vorliegend.



So zusammengezählt würde die Addition der einzelnen Zahlen mit der Gesamtsumme übereinstimmen, falls eine Bürgerin oder ein Bürger das selber addieren würde.
Wenn der Stadtrat diese Änderung möchte, wäre die Umsetzung aus Sicht des Sekretariats unproblematisch

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Unser Antrag ging dahingehend, in der anderen Übersicht die einzelnen Zahlen so zu verändern, dass es zusammengezählt Fr. 55.9 Mio. ergibt. So müsste halt mal abgerundet und mal aufgerundet werden. Das wäre wohl auch nicht so schwierig. Aus den Fr. 31.8 Mio. gäbe es halt dann sehr wahrscheinlich ein Betrag von Fr. 31.7 Mio. und irgendwo wären dann noch zusätzlich Fr. 100'000.00 rauszunehmen. Man kann nicht immer aufrunden, man muss halt auch mal abrunden, damit es in der Summe dann nicht Fr. 56.1 Mio. ergibt. Das wäre die Meinung und nicht, dass es auf vier Kommastellen sein muss. Es kann auf einer Kommastelle bleiben.

Bernhard Marti (SP): Ich stelle den Antrag, dass die Zahlen auf vier Stellen nach dem Komma ausgewiesen werden, so wie dies vorangehend durch Sekretärin Janine Jauner eingeblendet, dargestellt worden ist. Von den mathematischen Regeln, wie zumindest ich im Gymnasium gelernt habe – wie ab- oder aufzurunden ist – möchte zumindest ich in einer Abstimmungsbotschaft nicht abweichen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir haben damit zwei Anträge im Raum. Werden diese Anträge vermehrt? Nein. Damit wäre das Vorgehen jenes, dass der Antrag der FDP/jll-Antrag dem Antrag von Bernhard Marti gegenübergestellt wird. Der Antrag der FDP/jll lautet, wenn ich das richtig verstanden habe dahingehend, dass an zwei Stellen abgerundet wird, sodass es in der Summe dann Fr. 55.9 Mio. ergibt. Ist das richtig?

FDP/jll-Fraktion, Roland Bader (FDP): Das schliesst den Antrag von Bernhard Marti nicht aus. Mir ist es einfach ein Anliegen, dass das in der Botschaft richtig rübergebracht wird. Man kann das auch auf drei Stellen nach dem Komma darstellen. Es muss einfach mathematisch richtig sein. Aber so wie es jetzt vorgeschlagen ist, ist es einfach nicht korrekt. Ich schliesse mich an, dass die Tabelle, wie von der Sekretärin Janine Jauner eingeblendet, verwendet werden kann.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ist es richtig, dass der Antrag der FPD/jll-Fraktion damit zurückgezogen wird, wenn der Antrag von Bernhard Marti zur Abstimmung gebracht wird?

FDP/jll-Fraktion, Roland Bader (FDP): Ja.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es wird ohnehin noch der Antrag gestellt werden, dass das Büro des Stadtrates mit der redaktionellen Schlussbereinigung beauftragt wird. Ich bitte nun also um Abgabe der Stimme zum Antrag von Bernhard Marti; also die Zahlen in der Tabelle der Botschaft auf Seite 21 auf 4 Stellen nach dem Komma gerundet auszuweisen.

- **Der Stadtrat stimmt dem Antrag von Stadtrat Bernhard Marti** (Ergebnisse in Tabelle auf 4 Stellen nach Komma runden) **mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) zu.**

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle fest, dass zu Seiten 22 bis 26 keine Wortmeldungen erfolgt sind.

Seite 27

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Zu Seite 27 gibt es einen Antrag aus dem Präsidium. Es betrifft eine formaljuristische Frage, weshalb ich hierfür gerne der Sekretärin Janine Jauner das Wort zur Begründung übergebe.

Sekretärin Janine Jauner: Sie haben es im Eingangsvotum von Stadtpräsident Reto Müller bereits gehört. Er hat im Nachgang zur Informationsveranstaltung Abklärungen in Auftrag gegeben, was die planerische Umsetzung der Vorlage anbelangt. Also konkret, ob es zum Beispiel auch bei der Realisierung des Bahnhofplatzes Süd eine Überbauungsordnung braucht oder nicht. Es ist noch immer nicht ganz klar, wie es ganz am Ende kommen wird. Es ist aber nicht auszuschliessen, dass es insbesondere beim Bahnhofplatz Süd, eben doch eine Überbauungsordnung geben wird. Auf Seite 27 der Botschaft ist dies noch etwas anders dargelegt. Dort war der Wissenstand nämlich noch ein anderer.

Antrag Gemeinderat	**Antrag Präsidium**
Botschaft Seite 27	Botschaft Seite 27
7.5 Welches Organ verfügt über den Rahmenkredit?	7.5 Welches Organ verfügt über den Rahmenkredit?
[...]	[...]
Im vorliegenden Fall wird den Stimmberechtigten beantragt, die Kompetenz für die Genehmigung der weiteren Planungsphasen, für die ausführungsreifen Bauprojekte und für die Bewilligung der dazugehörenden einzelnen Objektkredite dem Gemeinderat zu übertragen, und zwar immer dann, und unabhängig von der Höhe der Kredite im Einzelfall, wenn – was nach heutigem Wissenstand nicht zu erwarten ist – nicht noch zusätzlich planungsrechtliche Grundlagen in der Form von Überbauungs-ordnungen geschaffen werden müssen.	Im vorliegenden Fall wird den Stimmberechtigten beantragt, die Kompetenz für die Genehmigung der weiteren Planungsphasen, für die ausführungsreifen Bauprojekte und für die Bewilligung der dazugehörenden einzelnen Objektkredite dem Gemeinderat zu übertragen, und zwar immer dann, und unabhängig von der Höhe der Kredite im Einzelfall, wenn ~~– was nach heutigem Wissenstand nicht zu erwarten ist –~~ nicht noch zusätzlich planungsrechtliche Grundlagen in der Form von Überbauungs-ordnungen geschaffen werden müssen.
Sollte letzteres wider Erwarten eintreffen, sind also zusätzlich zu den Beschlüssen zu den ausführungsreifen Bauprojekten und zu den dazugehörenden Objektkrediten [...]	Sollte letzteres ~~wider Erwarten~~ eintreffen, sind also zusätzlich zu den Beschlüssen zu den ausführungsreifen Bauprojekten und zu den dazugehörenden Objektkrediten [...]

Dannzumal ging man davon aus, dass es keine Überbauungsordnung braucht. Gemäss heutigem Wissensstand ist diese Aussage so eigentlich nicht mehr richtig. Nach Rücksprache mit der Verwaltung sowie dem Stadtratspräsidium wird deshalb beantragt, die **rot** markierten Passagen zu streichen. So wird immer noch offengelassen, was benötigt wird, ohne jedoch bereits eine Richtung vorzugeben.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es zum Antrag Wortmeldungen? Offenbar nicht. Ich bitte daher um Abgabe der Stimme zu den eingeblendeten Änderungen gemäss Antrag Präsidium.

Abstimmung:	
Antrag Gemeinderat:	0 Stimmen
Antrag Präsidium:	**37 Stimmen**
Enthaltungen:	0 Stimmen

Antrag Gemeinderat	**Antrag Präsidium**
Botschaft Seite 27	Botschaft Seite 27
7.5 Welches Organ verfügt über den Rahmenkredit?	7.5 Welches Organ verfügt über den Rahmenkredit?
[...]	[...]
Im vorliegenden Fall wird den Stimmberechtigten beantragt, die Kompetenz für die Genehmigung der weiteren Planungsphasen, für die ausführungsreifen Bauprojekte und für die Bewilligung der dazugehörenden einzelnen Objektkredite dem Gemeinderat zu übertragen, und zwar immer dann, und unabhängig von der Höhe der Kredite im Einzelfall, wenn – was nach heutigem Wissenstand nicht zu erwarten ist – nicht noch zusätzlich planungsrechtliche Grundlagen in der Form von Überbauungs-ordnungen geschaffen werden müssen.	Im vorliegenden Fall wird den Stimmberechtigten beantragt, die Kompetenz für die Genehmigung der weiteren Planungsphasen, für die ausführungsreifen Bauprojekte und für die Bewilligung der dazugehörenden einzelnen Objektkredite dem Gemeinderat zu übertragen, und zwar immer dann, und unabhängig von der Höhe der Kredite im Einzelfall, wenn ~~– was nach heutigem Wissenstand nicht zu erwarten ist –~~ nicht noch zusätzlich planungsrechtliche Grundlagen in der Form von Überbauungs-ordnungen geschaffen werden müssen.
Sollte letzteres wider Erwarten eintreffen, sind also zusätzlich zu den Beschlüssen zu den ausführungsreifen Bauprojekten und zu den dazugehörenden Objektkrediten [...]	Sollte letzteres ~~wider Erwarten~~ eintreffen, sind also zusätzlich zu den Beschlüssen zu den ausführungsreifen Bauprojekten und zu den dazugehörenden Objektkrediten [...]

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle fest, dass zu Seiten 28 bis 32 keine Wortmeldungen erfolgt sind. Damit folgt bereits der angekündigte Antrag zur redaktionellen Bereinigung. Auch hierfür möchte ich kurz das Wort an Sekretärin Janine Jauner übergeben.

Antrag Präsidium

Sekretärin Janine Jauner: Sie haben unter dem Beschlusspunkt Ziff. I Ziff. 3 einen Abänderungsantrag der FDP/jll-Fraktion angenommen.

Das Büro des Stadtrates wird im Rahmen der heutigen Beschlussfassung zur endgültigen redaktionellen Abfassung und Genehmigung der Botschaft an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ermächtigt.

Die besondere Regelung hinsichtlich der ausnahmsweisen Zuständigkeit des Stadtrates zur Bewilligung von Bauprojekten und Objektkrediten im Fall von Überbauungsordnungen fällt weg.

Auf diese ursprünglich vorgesehene Besonderheit wird auch innerhalb der Botschaft laufend hingewiesen. Zum Beispiel auf Seite 11 gibt es Passagen, die nun entsprechend anzupassen sind. Es ist damit erforderlich, dass diese Hinweise auf die Sonderregelung gestrichen werden.

Gemäss der Geschäftsordnung des Stadtrates kann das Büro des Stadtrates zur endgültigen redaktionellen Abfassung und Genehmigung der Botschaft an die Stimmbürgerschaft beauftragt werden. Und ich denke heute Abend haben wir so einen Fall, bei welchem sich dies anbieten würde. Auch angesichts der vorangehend beschlossenen Änderungen hinsichtlich der Rundung in der Tabelle. So verifiziert das Vierergremium des Stadtratsbüros nochmals, dass alles korrekt und der heutigen Beschlussfassung entsprechend abgefasst ist. Das Präsidium beantragt Ihnen deshalb den entsprechenden Beschluss zu fassen und das Büro des Stadtrates im Rahmen der heutigen Beschlussfassung mit der endgültigen redaktionellen Abfassung dieser Botschaft zu beauftragen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Grob gesagt geht es darum, dass die Botschaft schlussendlich kongruent mit der heutigen Beschlussfassung ist. Gibt es Voten? Nein. Dann bitte ich um Abgabe der Stimme zum Antrag des Präsidiums.

Antrag Präsidium

Abstimmung:	
Ja	**37 Stimmen**
Nein	0 Stimmen
Enthaltungen:	0 Stimmen

Das Büro des Stadtrates wird im Rahmen der heutigen Beschlussfassung zur endgültigen redaktionellen Abfassung und Genehmigung der Botschaft an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ermächtigt.

G Schlussabstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft (Beschlussentwurf Ziffer II.)

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir haben den Beschlussentwurf unter römisch Ziffer II leicht abgeändert. Sie sehen das eingeblendet und ich bitte um Abgabe Stimme zur Schlussabstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft:

Abstimmung:	
Ja	**37 Stimmen**
Nein	0 Stimmen
Enthaltungen:	0 Stimmen

Schlussabstimmung Botschaft

1. **Der Entwurf der Botschaft des Stadtrates an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vom 12. Dezember 2018 betreffend das Vorhaben «ESP Bahnhof – öffentlicher Raum» für die Gemeindeabstimmung vom 19. Mai 2019 wird – unter Berücksichtigung der im Rahmen der Detailberatung beschlossenen Änderungen – genehmigt.**
2. **Das Büro des Stadtrates wird im Rahmen der heutigen Beschlussfassung zur endgültigen redaktionellen Abfassung und Genehmigung der Botschaft an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ermächtigt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP) unterbricht die Sitzung um 19.35 Uhr für eine 20-minütige Erfrischungs- und Verpflegungspause.

3. Motion Clavadetscher Diego (FDP), Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 29. Oktober 2018: Verbesserung der politischen Effizienz; Stellungnahme[1]

I Detailberatung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich hoffe, Sie sind gestärkt für die weitere Beratung. Nachdem wir das Jahrhundertprojekt heute Abend beraten haben, möchten wir uns nun wieder etwas mehr den parlamentarischen Alltagsgeschäften widmen. Wir starten mit den parlamentarischen Vorstössen, mit der Motion von Clavadetscher Diego und Mitunterzeichnenden vom 29. Oktober 2018 über "Verbesserung der politischen Effizienz". Ich übergebe für die Berichterstattung zuerst das Wort an den Gemeinderat, Stadtpräsident Reto Müller.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Verbesserung der politischen Effizienz. Im Traktandum Nr. 2 waren Sie ja bereits sehr effizient und sehr schnell mit Blick auf die Summe, die gesprochen worden ist. Gegen die Verbesserung der politischen Effizienz kann der Gemeinderat, und ich denke niemand hier, etwas dagegen haben. Der Gemeinderat hatte jedoch grosse Mühe mit der rechtlichen Qualifizierung des motionierten Anliegens. Bereits das hat zu wenig Effizienz im Gemeinderat gesorgt, da es aus seiner Sicht nicht klar umschrieben ist. Punkt a) wäre eigentlich eine Richtlinienmotion; zusammen mit Punkt b) macht es in Kombination mit a) dann aber zur Weisungsmotion und bei Punkt c) kommt es etwas darauf an, wer was von wem verlangt, um das dann auch wirklich beantragen zu können.

Jetzt könnte man bereits darauf zurückzukommen, was es denn für Punkte gibt, um die Effizienz herbeiführen zu können. Ein wesentlicher Schlüsselfaktor ist der Mensch, respektive seine grundlegenden Absichten zu kennen und adäquat darauf zu reagieren. Lassen Sie mich bitte zuerst etwas aus Sicht des Gemeinderats zu den Begründungen sagen, welche von den Motionären angeführt werden. Zuerst sprechen die Motionäre den langen Entscheidungsfindungsprozess zur Standortsituation eines neuen Stadions und auch die Stadionentwicklungsfrage an.

Ich möchte Ihnen als Mitglieder des Parlaments schon auch mit auf den Weg geben, dass genau eine solche Frage für die Exekutive eine äusserst komplexe, und auch verantwortungsvolle, Aufgabe ist. Sie lässt sich nicht so schnell über das Bein brechen, wie man das in diesem Prozess gesehen hat. Letztendlich trägt der Gemeinderat als oberste Planungs-, Vollzugs- und Polizeibehörde immer die Verantwortung für das Handeln oder auch Nichthandeln in unserer Gemeinschaft. Die Frage eines Neubaus oder einer Sanierung einer Sportinfrastrukturstätte hat entscheidenden Einfluss auf verschiedene Fragen des raumplanerischen, des finanziellen, aber auch des gesellschaftlichen Zusammenlebens in unserer Stadt. Antworten, die der Gemeinderat in diesem langjährigen Entscheid erwogen hat. Sie finden die Antworten unter anderem auch in der Interpellation des heutigen Traktandums Nr. 6.

Der Prozess zum Mehrwertabgabereglement wird ebenfalls erwähnt. Es ist dem Gemeinderat wie auch Ihnen bestens bekannt, dass dieser Prozess zur Gesetzgebung nicht optimal gelaufen ist. Das Stadtbauamt hat der Lösung für ein kommunales Mehrwertabgabereglement zu wenig Priorität beigemessen. Das hätte viel früher ins Parlament gelangen müssen. Darum legte der Gemeinderat beim Erkennen des Problems eine schlanke und einfache Lösung vor. Er hat Ihnen das Reglement vorgeschlagen, welches auf dem Musterreglement basierte, das Sie in eigenem Ermessen und in Ihrer Verantwortung als gesetzgebende Behörde angepasst haben. Ob wir uns damit trösten können, dass wir trotz Zusatzschlaufe und gegenseitiger Verärgerung – wofür ich mich entschuldige –, noch immer zwei Monate schneller waren als Burgdorf, das stelle ich unkommentiert in den Raum. Natürlich wurden wir von zig anderen Gemeinden um Wochen und Monate in diesem Thema überholt. Diese Selbstkritik am Prozess lasse ich absolut zu und auch gelten. Das war nicht gut.

---

[1] Am 9. November 2018 vom Gemeinderat beantragte und vom Stadtratspräsidenten 2018 am 11. November 2018 bewilligte aufgeschobene Behandlung.

Als gutes Beispiel erwähnen die Motionäre das Geschäft Haslibrunnen, welches nach der erstmaligen Rückweisung durch den Stadtrat scheinbar zur Güte der Motionäre hat aufgearbeitet und erklärt werden können. Das Geschäft hat – das möchte ich hier auch öffentlich und transparent kundtun – aber beinahe dessen gesprengt, was die Exekutive und die Verwaltung zusammen leisten konnten. Hätte nicht Gemeinderat Roberto Di Nino an einem Wochenende selbst die von Ihnen geforderte Lösung geschrieben – natürlich mit Unterstützung des Finanzamtes – oder wäre diese Beschreibung nicht auf allgemeine Zustimmung im Gemeinderat gestossen, dann hätten wir den Zeitplan, welcher hier als optimal dargestellt worden ist, nie und nimmer einhalten können. Und auch der Gemeinderat ist manchmal unter Druck. Wir wussten, dass wir für die Finanzierungslösung für das Haslibrunnen eigentlich im Jahr 2018 noch eine Entscheidung benötigten, damit die stadteigene Aktiengesellschaft mit ihrer Planung nicht unter Druck kommt oder Verzögerung in Kauf nehmen muss. Die Abstimmung ist am kommenden Wochenende und wir hoffen auf das Beste.

Ich weiss, dass einige Mitglieder des Parlaments manchmal denken, der Gemeinderat nötige sie zu Entscheiden ohne Handlungsspielraum. Ich bitte Sie aber auch zu berücksichtigen, dass auch das Ermessen des Gemeinderats oftmals unter dem Druck von Rahmenbedingungen steht oder zumindest ein forciertes Vorgehen auf Grund dessen verlangt, dass wir letztendlich alle miteinander in der Verantwortung stehen.

Ich komme zurück zum Kern der Motion. Rechtfertigen die genannten Beispiele im positiven oder negativen Sinne, dass wir uns grundlegend zur Aufbauorganisation unseres lokalen Staatswesens Gedanken machen oder gar Massnahmen ergreifen?

Sicherlich wird der Gemeinderat selbstredend immer – was im Punkt a) verlangt wird – die notwendigen Massnahmen in seinem eigenen Kompetenzbereich ergreifen, um die politische Organisation möglichst effektiv, effizient und schlank zu halten. Andererseits widerspricht der Gemeinderat den Motionären aber vehement, die anzweifeln, dass die politischen Abläufe zeitlich oder qualitativ heute genügen. In der Regel bürgen unsere bisherigen politischen Abläufe für die grösstmögliche und für eine sehr hohe Qualität – zusammen mit allen vorberatenden Kommissionen, mit allem, was wir heute auch als Verwaltungsorganisation aufgebaut haben. Gute und tragfähige Entscheide der Politik bedürfen oftmals auch genügend Zeit, um zu reifen. Sie kennen mich als fordernden Menschen. Meine Haupterkenntnis nach zwei Jahren Stadtpräsidium ist unter anderem: Prozesse unnötig beschleunigen zu wollen, führt meistens zur politischen Sackgasse. Das Beispiel Mehrwertabgabereglement in Anlehnung an das Musterreglement ist hier nur ein Beispiel dafür. Der Gemeinderat wollte diesen Prozess möglichst beschleunigen, was Sie aber nicht zu befriedigen vermochte.

Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass wir eine gut funktionierende Organisation haben und, dass wir mit dem Stadtrat auch bereit sind, neue Wege zu beschreiten, welche der Forderung nach mehr Information und Mitwirkung Rechnung tragen. Dabei ist nicht aus den Augen zu verlieren, dass Sie alle Ihr Mandat in der Miliztätigkeit ausüben und dadurch noch mehr Kommissionsarbeiten, noch mehr Vernehmlassungen und noch mehr Informationsveranstaltungen zu besuchen habe, was immer mit einem grossen Aufwand für Sie persönlich und Ihre Familien verbunden ist. Wir sind klar der Meinung, dass die bisherige Organisation für Langenthal zweckmässig und verhältnismässig ist. Wir wollen keine Verkomplizierung, wir wollen keine zusätzliche Reglemente und keine Neuorganisation der politischen Gefässe.

Aus all diesen Gründen lehnt der Gemeinderat – unablässig der Qualifizierung der Motion – alle geforderten Punkte der Motion ab – auch im Falle der Wandelung in ein Postulat. Wir vom Gemeinderat danken Ihnen, wenn Sie unserer Empfehlung folgen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Voten der vorberatenden Kommissionen sind keine angemeldet worden. Somit übergebe ich das Wort an den Sprecher der Motionäre, Stadtrat Diego Clavadetscher.

Motionär Diego Clavadetscher (FDP): Der Titel der Motion lautet: "Verbesserung der politischen Effizienz". Es war nicht die Rede davon, dass alles schlecht ist. Es war auch nicht die Rede davon, dass Effizienz Beschleunigung bedeutet. Die Effizienz beinhaltet mehrere Komponenten, worunter auch die Qualität gehört.

Um was geht es? Schauen wir auf dieses Traktandum zurück. Wir haben im Traktandum Nr. 2 dem Gemeinderat eine sehr grosse Aufgabe übertragen, das Projekt ESP Bahnhof nicht nur exekutiv zu führen, sondern allein die finanzielle Verantwortung und die ganze Projektverantwortung dafür zu übernehmen. Das ist ein Jahrhundertprojekt, wie es alle nannten. Wenn man dem wichtigsten strategischen Führungsorgan einer Organisation eine zusätzliche Aufgabe überträgt, dann ist es eigentlich eine logische Konsequenz, dass man sich fragt, ob man sie nicht auch irgendwo entlasten könnte. Mit dem was wir heute gemacht haben – dem Gemeinderat mehr aufzuladen – müssten wir uns konsequenter Weise fragen, ob wir ihn nicht irgendwie entlasten könnten, damit wir die gleichbleibende Effizienz wahren können. Es ist eine Aufgabe der Verantwortung, von der der Stadtpräsident und der Stadtratspräsident gesprochen haben, dass man sich ab und zu hinterfragt und dabei hinschaut, wo man sich verbessern kann. Sind wir in Langenthal tatsächlich so effizient, wie wir sein müssten, als selbstständige Agglomerationsstadt am Rand des Kantonsgebiets und in Konkurrenz mit anderen Kantonen, die zum Teil bessere Standortbedingungen haben?

Ist es effizient, wenn man mehr als zwei Jahre – nachdem die Revision der Stadtverfassung in Kraft getreten worden ist – die Anschlussreglemente immer noch nicht beraten hat und deren Inkraftsetzung noch in weiter Zukunft stehen? Ist es effizient, wenn man für das Reglement "Mehrwertabgabe" bis am 29. Oktober 2018 Zeit braucht, wogegen andere Parlamentsgemeinden nicht nur Wochen oder Monate weniger dafür benötigen? Die Oberländer Parlamentsgemeinde Interlaken beispielsweise hat das Reglement am 2. Mai 2017 verabschieden können. Somit befinden wir uns sicher nicht in dem Teil des Benchmarks, wo wir uns gerne sehen möchten.

Wenn der Präsident der grössten Stadtratsfraktion in einem Interview von einer Überforderung des Systems redet, gilt es sich auch zu fragen, ob wir effizient sind und uns nicht verbessern müssten. Wenn für das Geschäft, das wir jetzt beraten, die Chefin des Rechtsdienstes einen mehrseitigen Bericht schreiben muss, um die Qualifikation dieser Motion vorzunehmen – die ganz klar in einzelne drei Teilbereiche aufgebaut ist –, wenn dafür Verwaltungsressourcen und Entscheidungsressourcen im Gemeinderat verbraucht werden müssen, dann ist unser System auch optimierungsfähig. Wir brauchen wahrscheinlich die Unterscheidung in zwei Motionen nicht. Es gibt einiges mehr, was zu verbessern ist.

Dies ist nicht eine Kritik am Gemeinderat. Wir sind ein Gesamtsystem – Stadtrat, Gemeinderat und Volk bilden ein Gesamtsystem – das hinterfragen muss, wie wir es als Parlament angehen müssen. Müssen wir es heute mit einer Motion an den Gemeinderat richten? In dieser Motion haben Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch und ich drei Ebenen angesprochen, in denen man etwas bewegen kann. Wir laden Sie herzlich ein, sich dieser Diskussion nicht zu verschliessen. Sie dient uns, weil wir Teil des politischen Systems sind. Sie dient aber auch der Stadt als Ganzes, weil sie hilft, die Produkte, welche das System politisch generieren muss, qualitativ zu verbessern und möglicherweise auch ein wenig rascher zum Erfolg führt. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieser Motion.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es Fraktionssprechende, die sich äussern wollen?

EVP/glp-Fraktion, Daniel Steiner-Brütsch (EVP): Zum vorliegenden Geschäft äussere ich mich als Motionär und als Sprecher der EVP/glp-Fraktion.

Die Gewaltenteilung ist eine der wichtigsten Grundprinzipien der schweizerischen Demokratie, die Verteilung der staatlichen Macht auf mehrere Ebenen, an mehrere Behörden. Wer Gesetze erlässt, soll sie somit nicht vollziehen und auch nicht beurteilen, ob sie eingehalten werden. Das Ziel liegt auf der Hand; es soll verhindert werden, dass einzelne Behörden oder eine einzige Person zu viel Macht bekommen. Damit das zentrale und austarifierte Grundprinzip unserer Demokratie zielgerichtet und effizient funktioniert, braucht es – sowohl von Seiten der Exekutiven, in unserem Fall des Gemeinderats, als auch auf der Seite der Legislativen, dem Stadtrat, – Respekt von der jeweils anderen Behörde. Es braucht aber Dialogbereitschaft zwischen den Behörden und das Vertrauen in die jeweils andere Behörde.

Ich kann zusammen mit Stadtrat Patrick Freudiger auf 15 Jahre Stadtratserfahrung schauen. Wir sind jetzt die amtsältesten Stadträte. Ich habe die letzten 15 Jahre Revue passieren lassen und mir einige Gedanken gemacht. Dabei habe ich festgestellt, dass das Verhältnis zwischen der Exekutive und der Legislative in Langenthal in den letzten Jahren sich – ich sage es jetzt einmal deutlich – verschlechtert hat. Heute wurde gesagt, es gebe mehr Diskussionen. Das ist sicher ein Zeichen. Es ist nicht mehr das gleiche Verhältnis, wie ich das in früheren Legislaturperioden erlebt habe. Auch früher hat es schon Zeiten gegeben, in denen der Gemeinderat massiv kritisiert worden ist – von einzelnen Figuren oder auch von Fraktionen. Und auch früher hat es Verzögerungen in politischen Geschäften gegeben. Es hat Rückweisungsanträge gegeben. Es hat sogar Anträge auf Sonderprüfung gegeben, an welche ich mich auch noch erinnere. Aber ich habe in den letzten Jahren eine gewisse Häufung von politischen Abläufen erlebt, die meines Erachtens unbefriedigend verlaufen sind. Herr Stadtrat Diego Clavadetscher hat bereits solche Beispiele genannt und Herr Stadtratspräsident selber ebenfalls.

Vier ausgewählte Beispiele: Entscheidungsfindung im Zusammenhang mit der Realisierung eines Eisstadions. Wenn wir die Bevölkerung fragen, wie diese Entscheidungsfindung abgelaufen sei, versteht es niemand, wieso es so lange dauerte und wie es abgelaufen ist. Es ist absolut nicht mehr nachvollziehbar, wie diese Entscheidungsfindung zustande kam.

Persönlich betroffen – und ich habe meinen Ärger damals auch kundgetan – war ich über den Prüfbericht zu einer Motion, die unbefriedigend und qualitativ ungenügend ausgefallen ist. Dieser Prüfbericht im Zusammenhang mit der Gesamtsanierung des Kugelfangs Hinterberg und der Neugestaltung des Kinderspielplatzes Tierpark wurde zwar akzeptiert, ist substanziell aber immer noch ungenügend.

Das Mehrwertsteuerabgabereglement ist ein weiteres Beispiel. Ein langer Prozess und am Schluss hatte man ein Reglement, das sehr stark dem Musterreglement des Kantons entsprach, was einen solch langen Prozess kaum rechtfertigte, um schlussendlich bei der Kopie des Musterreglements zu landen.

Als weiteres Beispiel: Man hat es verschlafen, die Umsetzung der Verordnung über das Begriff- und Messwesen im Bauwesen in Angriff zu nehmen und der Stadtrat hatte danach nur noch die Möglichkeit, Ja oder Nein zu sagen. Dies ist sehr unbefriedigend und sicher auch nicht ein qualitativ hochstehendes Bespiel.

Die ausgewählten Beispiele zeigen einerseits, dass unsere Motion zur Verbesserung der politischen Effizienz kein Hirngespinst sind und auch nicht auf Einzelfällen beruht, sondern, dass es konkrete und meines Erachtens zunehmend konkrete Beispiele gibt, die in qualitativer Hinsicht oder auch bezüglich der Projektplanung, unbefriedigend ausgefallen sind. Sie erklären vielleicht auch, wieso man ein bisschen ein latentes Misstrauen in der Zusammenarbeit zwischen dem Stadtrat und dem Gemeinderat verspürt. Ich nehme an, dass dieses Misstrauen nicht nur von mir wahrgenommen wird, sondern dass es auch für andere spürbar ist.

Ich komme zurück zu den drei Begriffen, die ich vorhin gebraucht habe: Respekt, Dialog, Vertrauen als Voraussetzung für eine funktionierende Gewaltenteilung. Respekt vor dem Stadtrat würde bedeuten, genügend Zeit für eine demokratische Entscheidungsfindung einzuplanen und das Parlament nicht unter Druck zu setzen, wie das schon ein paar Mal gemacht wurde. Dialogbereitschaft mit dem Stadtrat würde bedeuten, dass der Austausch mit dem Stadtrat aktiv gesucht, gefördert und im demokratischen Prozess bewusst eingeplant würde. Vertrauen in den Stadtrat würde bedeuten, diesen als Sparringpartner und nicht als notwendiges Übel zu betrachten. Genau hier setzt unsere Motion an; wir wollen die demokratische Auseinandersetzung zwischen den Behörden verstärken. Das würde bedeuten – dies tönt vielleicht im ersten Augenblick widersprüchlich – dass es wahrscheinlich zu mehr politischer Effizienz und zu weniger Leerlauf führen würde. Ein willkommener Nebeneffekt dazu wäre, dass das doch ein bisschen angeschlagene Vertrauen zum Stadtrat und Gemeinderat verbessert würde. In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung dieser gemeinsamen Motion.

FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (FDP): Am Anfang des Abends durfte ich als Präsident der Geschäftsprüfungskommission den Gemeinderat und die Verwaltung loben. Es ist mir auch jetzt als Sprecher der FDP/jll-Fraktion ein Anliegen, zu betonen, dass unsere Fraktion diese Motion nicht als Angriff oder als Vorwurf an den Gemeinderat auffasst. Wir haben jetzt die beiden Motionäre gehört. Auch diese meinen das nicht so, niemand meint dies so. Von mir aus gesehen sollte man davon wegkommen, sich stets angegriffen zu fühlen. Ich frage mich, wie man dagegen sein kann, politisch effizienter zu werden? Das ist mir nicht klar. Wer diesen Vorstoss liest, sieht, dass er offen formuliert ist. Ich gebe es zu, bewusst offen formuliert. Aber dies ist genau auch die Chance dieses Vorstosses. Er setzt sich nicht auf ein Gleis fest, sondern bietet verschiedene Möglichkeiten, die dem Gemeinderat genau diese Chance geben, etwas zu unternehmen oder dem Stadtrat auch die Möglichkeit geben, etwas zu machen. So wie ich es auffasse, ist er bewusst so offen formuliert und bietet nur Chancen, nichts anderes.

Wie ich in den Grundlagenakten lese, hat man in der Gemeinderatsberatung gesagt, diesen Vorstoss soll man nicht unterstützen, sonst gesteht man sich eine Ineffizienz ein. Dazu muss ich den Kopf schütteln, da dem nicht so ist. Wenn Beat Feuz im Lauberhorn-Rennen Zweiter wird und danach im Fernseh-Interview sagt, er wolle probieren, das Rennen in Kitzbühl zu gewinnen, dann sagt ihm niemand: "Oh, das hättest du nicht sagen sollen, weil die Leute sonst meinen, du warst am Lauberhorn schlecht." Man kann doch immer probieren, besser zu werden. Das heisst gar nicht, dass man schlecht oder langsam oder ineffizient ist. Ich muss sagen, dass mir das Verständnis für die Sichtweise des Gemeinderates fehlt. Auch wenn Vieles gut läuft. Ich will nicht mehr auf die Beispiele zurückkommen, die erwähnt wurden, aber ein Beispiel will ich trotzdem noch erwähnen. Wir haben es am ESP Bahnhof-Geschäft gesehen, dass es sehr gut ist, wenn man Informationsveranstaltungen macht. Es ist auch sehr gut, wenn man zeitlich deutlich früher die Akten zustellt, damit wir mehr Zeit haben, uns mit diesem so grossen Geschäft zu befassen. Als ich anregte, dass man dies doch mehr so machen könnte, ist von der Verwaltung die Antwort gekommen: "Das könnten wir vielleicht schon, aber wir dürfen nicht ohne Beschluss des Gemeinderats". Der Gemeinderat müsse zuerst beschliessen, die Akten früher zu verschicken, auch wenn diese parat liegen würden. Der Stadtrat darf die Akten vor der offiziellen und reglementarischen Frist nicht erhalten, wenn der Gemeinderat dies nicht beschliesst. Da muss ich sagen: Das wäre doch genau eine solche kleine Änderung, die uns Stadträten viel bringen würde. Das wäre jetzt genau etwas, was zu mehr politischer Effizienz führen würde. Das könnte man nun genau unter dem Stichwort dieses Vorstosses in Angriff nehmen. Es gäbe noch weitere Punkte. Ich weiss nicht, wieso man sich dagegen wehrt. Das kann ich nicht begreifen. Deshalb möchte ich hier im Namen der FDP/jll-Fraktion dazu aufrufen, geben wir doch mit dieser Motion den Anstoss zu Möglichkeiten, zu Chancen, die sich bieten, nutzen zu können. Bitte unterstützen Sie diesen Vorstoss, denn vergeben tut man sich damit wirklich gar nichts. Das ist auch kein Vorwurf oder Angriff. Es geht wirklich nur um Chancen und Möglichkeiten.

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Wir von der SVP-Fraktion sind gar nicht gegen eine Effizienz und ich strebe täglich danach, besser zu werden und zu hinterfragen, ob man etwas anders machen könnte, um zum gleichen oder vielleicht sogar zu einem besseren Ziel zu kommen. Vielleicht ist der Umweg das Ziel, womit ich ausdrücken möchte, dass einige Sachen schlecht und einige gut sind. Bei den guten knüpfe ich an und möchte deshalb nicht in ein neues Horn blasen. Ich möchte nicht, dass wir hier einhängen und weiter prüfen, um effizienter zu werden. Ich möchte den Gemeinderat, den Stadtrat, die Kommissionen und die Verwaltung dazu anhalten, gleichermassen bedacht und bemüht zu sein, die Geschäfte rasch und zügig zu bearbeiten und offen miteinander zu kommunizieren. Diese Offenheit, miteinander zu kommunizieren und der informelle Austausch, wären etwas, das man wohl im Behördenreglement regeln könnte. Ihr habt in der Motion ebenfalls die fehlende Möglichkeit angesprochen, dass der Gemeinderat auch in der Fraktion mitdiskutieren könne. Dies könnte man an einem anderen Ort regeln.

Betreffend die Mehrwertabgabe muss ich hier festhalten, dass wir daran selber schuld sind, dass es so lange dauerte. Der Gemeinderat kam im Frühling mit einem nicht identischen Antrag zur Vorlage zu uns und wir haben diesen vorweg zurückgewiesen, anstatt direkt anzupassen. Mit der Anpassung wären wir höchst effizient gewesen und hätten im Sommer ein Reglement gehabt. Dieses Gefühl hatte ich damals schon, aber ich intervenierte nicht gegen die Zurückweisung, verbunden mit der Hoffnung, dass eine bessere Version kommen werde. Wir sollten uns zwischendurch auch selber an der Nase nehmen. Aufgrund dieses Beispiels möchte ich nicht etwas anstossen, was allenfalls die Effizienz vielleicht, nur vielleicht, verbessern würde. Ich weiss nicht, ob es wirklich besser würde, denn danach ist man immer schlauer. Aber wenn wir uns alle an der Nase nehmen, glaube ich, dass es gut kommt. In diesem Sinne unterstützt die SVP-Fraktion diesen Antrag mehrheitlich nicht.

SP/GL-Fraktion, Bernhard Marti (SP): Die SP/GL-Fraktion hat sich mit der vorliegenden Motion beschäftigt und kann sich dem motionierten Anliegen nicht anschliessen. Wir sind nicht gegen eine Verbesserung der politischen Effizienz, aber wir teilen die Auffassung des Gemeinderats. Insbesondere beim in der Motion erwähnten Projekt Eisstadion finden wir, dass dieses zwar lange dauerte, aber mit Blick auf die Komplexität dieses Projektes nicht von einer unverständlich langen Dauer gesprochen werden kann. Auch die Entstehung des MWAR (Mehrwertabgabereglement) ist nach unserer Meinung nicht systembedingt, sondern auf personelle Engpässe und vor allem auf andere Prioritätensetzungen in der Verwaltung und auch im Gemeinderat zurückzuführen. Die SP/GL-Fraktion unterstützt den Qualifikationsantrag des Gemeinderats und auch die beantragte Nichterheblicherklärung der Motion und auch des Postulats.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es folgen die Voten der Einzelsprechenden.

Samuel Köhli (SP): Das Beispiel BMBV (Verordnung über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen) wurde erwähnt. Dieses hat mit einer politischen Effizienz nichts zu tun. Dort hatte ganz klar die Verwaltung nicht realisiert, dass das BMBV ein Planungsverfahren benötigt. In diesem Fall nützt politische Effizienz nichts, wenn von der Verwaltung nichts kommt. Auch beim Mehrwertabschöpfungsreglement hat die Verwaltung die Zeit verpasst, dieses rechtzeitig zu bringen. Ich glaube nicht, dass der Gemeinderat dieses nicht an den Stadtrat gebracht hätte, wenn die Verwaltung richtig reagiert hätte. Ebenfalls fällt mir auf, dass viele Planungsgeschäfte und Planungsverfahren unterschätzt werden. Das ist eine Situation, die bereits einige Zeit so andauert. In der Regel immer noch nicht berücksichtigt wird, dass die Verfahren einfach Zeit benötigen und, dass man diese nicht einfach beschleunigen kann.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wünscht der Gemeinderat ein Schlusswort?

Stadtpräsident Reto Müller (SP): So lange dem Gemeinderat das Schlusswort noch zusteht, wollen wir es auch nehmen. Es ist in Ihrer Kompetenz, dies künftig anders zu regeln. Ich habe nicht wirklich ein Anliegen, aber man sollte nie so beginnen.

Ich staune schon ein wenig, wieviel in eine Seite des Gemeinderatsprotokolls nachher hineininterpretiert werden kann – wie schlecht oder wie düster das Verhältnis ist. Ich weiss, die Medien haben es noch ein wenig angeheizt. Deshalb mache ich hier noch ein "Medienbashing", welches sicherlich auch nicht gut ankommen wird. Der Gemeinderat versteht das nicht als Angriff – wirklich nicht. Der Gemeinderat – ich rede hier wirklich im Namen des Gemeinderats – hat nicht das Gefühl, dass das Vertrauen zwischen dem Parlament und uns als der Regierung dieser Stadt zerrüttet ist – überhaupt nicht. Wir hatten gewisse Ausdiskussionen und gewisse Aushandlungen gehabt, bei welchen wir uns einander unterdessen langsam gefunden haben. Ich glaube, heute Abend ist der beste Beweis dafür, dass wir extrem pfleglich sind – auch bei Sachen, bei denen wir sachlich oder inhaltlich gewisse Differenzen haben – und miteinander ausdiskutieren können. Diese Diskussion soll aus Sicht des Gemeinderats effektiv hier drinnen stattfinden. Sie muss nicht immer in aller Harmonie zu einem guten Ende kommen.

Wenn Ihr aber in dieser Motion jetzt sagt, wir sollen dem Stadtrat Vorschläge machen für die erforderlichen Anpassungen der rechtlichen Grundlage, für die politische Effizienzverbesserung, dann setze ich Fragezeichen. Ein konkretes Beispiel habe ich in den Voten gehört – ein einziges. Dieses kam von Stadrat Pascal Dietrich: Wir sollen die Fristenzustellung für die Stadtratsunterlagen ändern. Es ist so: Wenn der Gemeinderat nicht beschliesst, kann die Verwaltung nicht einfach vorher Sachen versenden. Dies ist klar geregelt. Der Gemeinderat aber kann es früher anordnen.

Was wollen Sie reglementarisch mit dieser Motion schlussendlich verbessern, damit wir nachher effizienter miteinander arbeiten können? Es ist schade, dass ich nun das Schlusswort habe und es auf diese Frage keine Antwort mehr gibt. Aber der Gemeinderat bezweifelt, dass reglementarische Anpassungen der richtige Weg sind, um die politische Effizienz zu verbessern. Wir würden lieber weiterfahren auf diesem Weg, welchen wir angefangen haben: Regelmässig, oder bei wirklich grossen Geschäften frühzeitig, zu Ihnen zu gelangen, Informationsveranstaltungen anzubieten, auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit – sorry Medien! Dies sollten wir versuchen zu verbessern. Weder ein Artikel in einem Gesetz, noch sonst etwas wird uns davor schützen, dass manchmal auch etwas hier ankommt, das nicht die beste Qualität aufweist.

Bezüglich des Prüfberichts zum Hinterberg bringt es nichts, wenn wir uns "den Schnägg" gegenseitig in die Schuhe schieben, indem wir sagen: Ach, das ist die Verwaltung, nicht der Gemeinderat. Wir sind alle miteinander im selben Boot. Die Verwaltung ist hier, damit sie uns mit dem dienen kann, was wir von ihr verlangen. Der Gemeinderat ist nicht dafür da, um den Stadtrat zu beherrschen, sondern um ihm, wenn immer möglich, zu dienen. Das Schöne an der Politik ist, dass sie aus Menschen besteht, die miteinander reden können.

Natürlich bin ich vor Frau Regierungsrätin Evi Allemann wegen des BMBV auf die Knie. Die Frist für die Einführung des BMBV wird jetzt selbstverständlich erstreckt – in jeder Gemeinde des Kantons Bern, die noch nicht so weit ist – damit es nicht zu einem Baustopp kommt.

II Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):**

  I. Die Motion Clavadetscher Diego (FDP), Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 29. Oktober 2018: Verbesserung der politischen Effizienz **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

- **Der Stadtrat beschliesst mit 22 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):**

  II. 1. Die Motion Clavadetscher Diego (FDP), Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 29. Oktober 2018: Verbesserung der politischen Effizienz **wird nicht erheblich erklärt.**

  2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat

---

4. Motion Bayard Paul (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Oktober 2018: Für eine aktive Boden- und Wohnbaupolitik; Stellungnahme[1]

I Detailberatung:

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Die Motion ortet ein Problem in Langenthal, nämlich Wohnungsknappheit und nicht bezahlbare Mieten für sozial schwächer gestellte Personen. Ist das die Realität in Langenthal?

Gemäss den Erhebungen des Bundesamtes für Statistik hat der Kanton Bern bei 563'400 Wohnungen einen Leerwohnungsstand von 10'300.00 Wohnungen, das sind rund 1,8 %

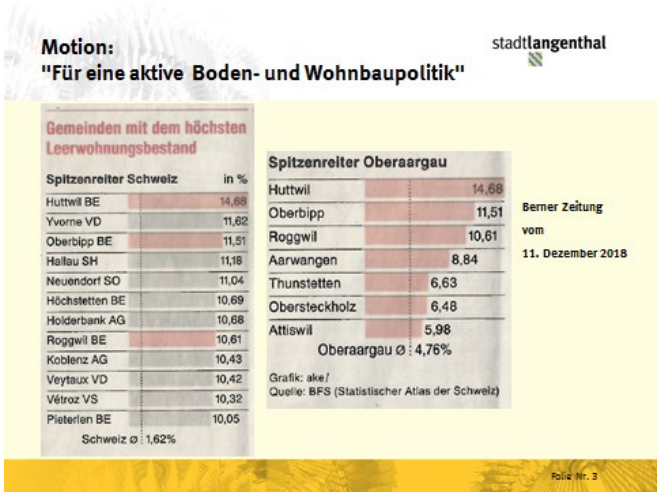
Im Vergleich zu unseren Nachbarkantonen hat der Kanton Bern etwas tiefere Leerstandsquote (AG 2,5 %, SO 3 %).

Wir wissen, dass Langenthal über dem kantonalen Durchschnitt liegt. In Langenthal haben wir 8'032 Wohneinheiten, davon sind rund 1'700 Einfamilienhäuser und 6300 Wohnungen. Die durchschnittliche Haushaltgrösse beträgt 2,17 Personen. Unsere Leerstandsquote liegt bei 4,4 %. Das müssen wir nun aber einordnen in die Situation unserer Region.

Sie wissen, dass der Oberaargau als Ganzes hier in einer schwierigen Situation ist mit einer hohen Leerstandsquote. Langenthal liegt unter dem Durchschnitt. Wir wissen auch, dass es Orte mit ganz spezifischen Problemen gibt. Huttwil gilt mit über 14 % als schweizweiter Spitzenreiter, was den Leerwohnungsbestand anbelangt. Das wurde beispielsweise kürzlich in der Presse thematisiert. In Langenthal sind wir sozusagen im Schatten der Rekordwerte von Huttwil.

[1] Am 9. November 2018 vom Gemeinderat beantragte und vom Stadtratspräsidenten 2018 am 11. November 2018 bewilligte aufgeschobene Behandlung.

Hier noch zwei weitere Tabellen aus dem gleichen Presseartikel. Hohe Leerbestände bei den Wohnräumen gibt es beispielsweise auch in Oberbipp, Aarwangen und Roggwil. Damit sind zwei direkte Nachbarorte Langenthals betroffen, was selbstverständlich auch den Wohnungsmarkt in Langenthal beeinflusst.



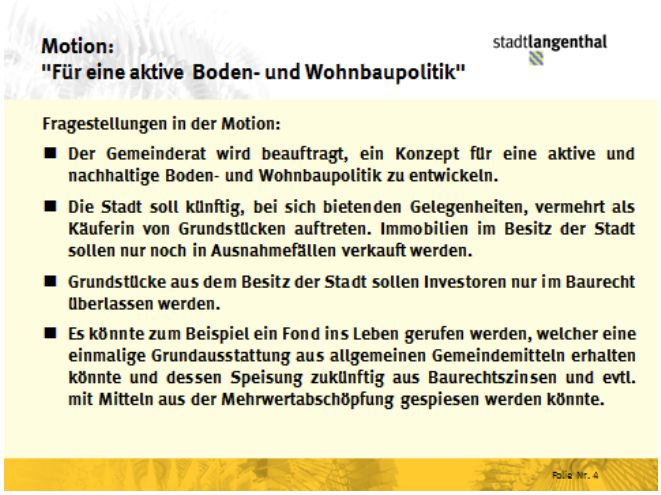
Wenn wir den Wohnungsmarkt hier beobachten, so stellen wir fest: Wir haben eine grosse Vielfalt an Angeboten und wir haben insbesondere auch viele günstige Wohnungen zur Verfügung. Das zeigt die Marktbeobachtung, die wir im Finanzamt durchgeführt haben, deutlich.

Und jetzt noch ein paar Worte zu den Mietpreisen: Statistisch lässt sich nachweisen, dass Langenthal zwar etwas teurer ist als der übrige Oberaargau, aber die Differenz ist aufgrund der Zentrumsfunktion begründet und sie ist kleiner als in vergleichbaren anderen Städten.

Was heisst eine hohe Leerstandsquote? Es ist ein Ausdruck eines Überangebotes. Das zeigt eigentlich das Problem, das Motionär Paul Bayard beschreibt, könnte nur entstehen, wenn wir Wohnungsknappheit hätten. Wie dargelegt, ist das Gegenteil der Fall. Aus Mietersicht kann man bezogen auf Langenthal klar sagen, dass der Markt spielt und sich selber gut reguliert. Es gibt genügend Angebote in verschiedenen Preisklassen.

Soviel zum Grundsatz. Aber wird haben uns danach auch inhaltlich mit der Motion näher auseinandergesetzt. Zu den ersten beiden Stichworten nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung.

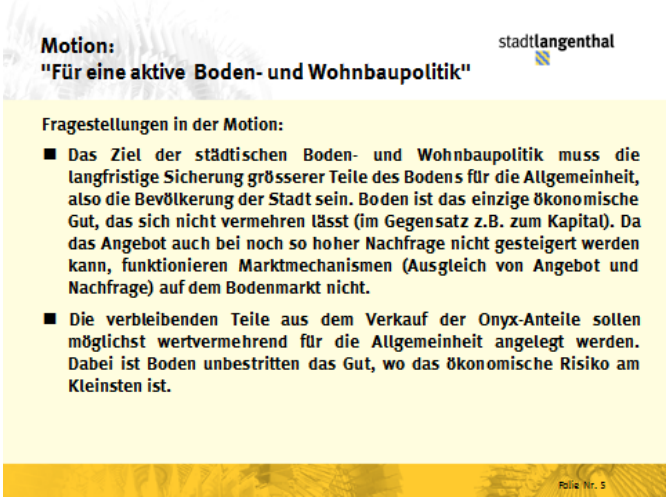
Die Stadt macht sich effektiv Gedanken, wo es sinnvoll ist, in Immobilien zu investieren oder Immobilien zu erwerben. Sie macht sich auch Gedanken darüber, von welchen Liegenschaften man sich trennen könnte. Das macht aber nur Sinn, wenn man eine entsprechende Liegenschaftsstrategie hat. Bis heute ist das in Langenthal nicht der Fall. Im Moment läuft aber ein Projekt zur Erarbeitung einer Liegenschaftsstrategie. Sie konnten von der entsprechenden Pressemeldung letzte Woche Kenntnis nehmen. Es geht uns dabei aber nicht um den Eingriff in einen funktionierenden Wohnungsmarkt, sondern es geht primär um die Sicherung der öffentlichen Interessen.



Beim dritten Stichwort geht es um das Baurecht: Das Baurecht ist aus Sicht der öffentlichen Hand effektiv interessant. Als Stadt haben wir das Interesse an regelmässigen Einnahmen in Form von Baurechtszinsen als einen einmaligen Verkaufsgewinn zu realisieren. Aber mit der Fragestellung "Verkauf oder Baurecht" wird sich die Liegenschaftsstrategie beschäftigen. Wir werden das sachlich beurteilen, nicht ideologisch. Im letzten Punkt wird vorgeschlagen – und da wird es eben auch gefährlich –, dass man dies aus Steuermitteln finanzieren soll. Was soll man heute Abend in Anbetracht des strukturellen Defizits und der gewaltigen Investitionen dazu sagen?

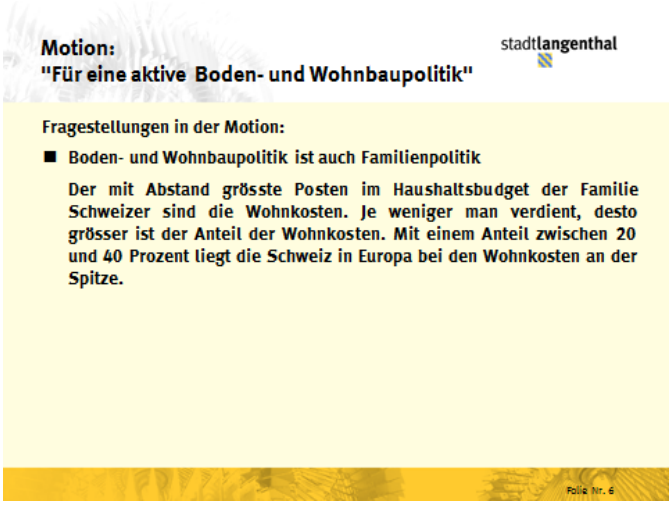
Sie haben die Grundlagen dazu heute Abend geschaffen. Da stellt sich schon die Frage, ob man den Finanzplan mit weiteren unnötigen Themen in diesem Sinne aufladen will. Es gibt solche Systeme – meines Wissens zum Beispiel in Bern. Die Frage ist eigentlich ganz einfach: Wollen wir mit Steuergeldern für eine Marktverzerrung in einem Markt sorgen, der funktioniert? Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass er das nicht will. Wir müssen und wollen unsere Steuergelder zielgerichtet und bedürfnisgerecht einsetzen, das wäre mit einem solchen Fonds nicht der Fall.

Dann die nächste Feststellung in der Motion, wie sie eingeblendet ist. Meines Erachtens sind die Motionäre da vielleicht doch ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen. Ich weiss auch nicht, was sie genau damit meinen, wenn sie schreiben, dass man grosse "Teile des Bodens für die Allgemeinheit" sichern soll. Jedenfalls kann ich den gemachten Feststellungen nicht folgen. Natürlich kann die Politik Möglichkeiten schaffen und das Angebot steigern, wenn nötig z. B. mit Umzonungen. Auch hier kann man sagen, dass der Markt funktioniert und wir als Stadt nicht zusätzlich eingreifen müssen.



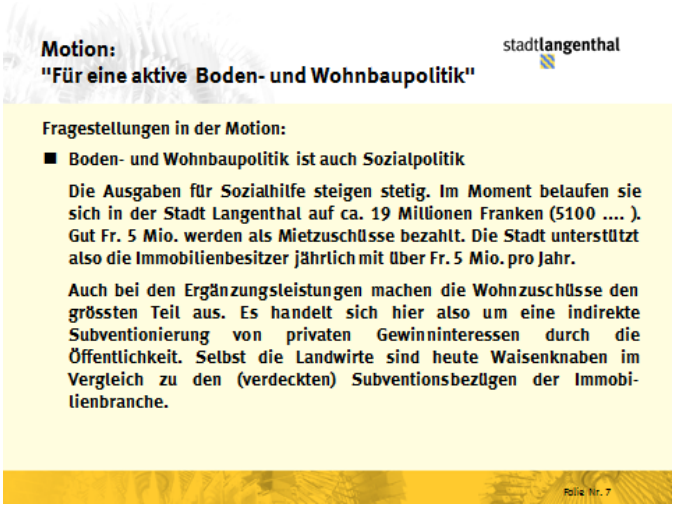
Nun zum zweiten Punkt betreffend onyx-Millionen: Was da steht, das will und macht auch der Gemeinderat. Wir setzen die onyx-Millionen zu Gunsten der Allgemeinheit ein. Bestes Beispiel heute Abend: Der ESP Bahnhof hat sein finanzielles Fundament in den onyx-Millionen. Mit diesem Projekt profitiert die ganze Bevölkerung, nicht nur das Segment, an welches die Motionäre denken.

Die weitere Feststellung, wie sie eingeblendet wird, teile ich. Deshalb kann ich weitergehen.



Die weiteren eingeblendeten Feststellungen sind allerdings zu relativieren.

Die Zahl von Fr. 19 Millionen, die hier erwähnt wird, ist der erwartende Bruttoaufwand der Sozialhilfe der Stadt Langenthal gemäss dem Budget 2019. Nun gibt es eine differenzierte Sozialhilfeabrechnung, die in etwa zeigt, dass in diesem Anteil effektiv etwa Fr. 5 Mio. an Mietkosten einkalkuliert sind. Aber ob dieses Geld effektiv für Miete ausgegeben wird, das wissen wir eigentlich nicht.

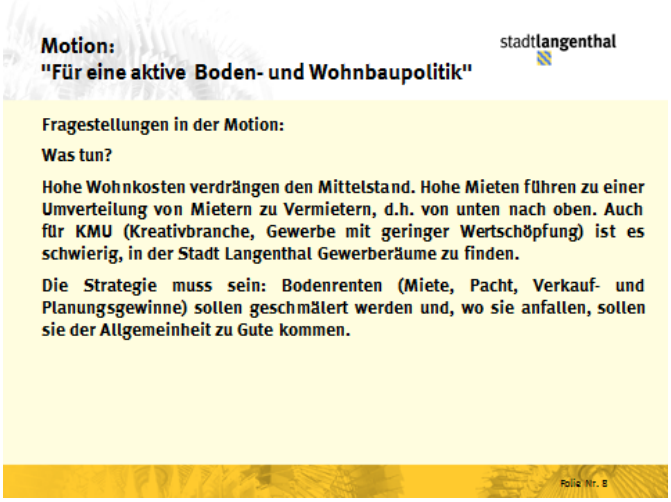


Die Motionäre sprechen da von einer indirekten Subventionierung von privaten Gewinninteressen.

Es bleibt jedoch unklar, was da genau kritisiert wird. Ich hätte eigentlich erwartet, dass die Motionäre froh sind, dass es Vermieter gibt, die bereit sind, Wohnungen an die sozial Schwächeren zu vermieten. Stattdessen werden solche Vermieter jetzt angegriffen und als Subventionsbezüger diffamiert. Der Gemeinderat will das politisch nicht bewerten: Fakt ist einfach, dass die Sozialhilfequote rasch runter gehen würde, wenn es keine Vermieter geben würde, die bereit sind, Wohnraum an sozial Schwächere zu vermieten.

Zum letzten Punkt: Zur ersten Behauptung auf dieser Folie, kann festgehalten werden, dass der Gemeinderat die Einschätzung, wie sie hier aufgeführt ist, nicht teilt. Wir sind in Langenthal weit davon entfernt, dass hohe Wohnkosten den Mittelstand verdrängen.

Zur zweiten Behauptung kann festgestellt werden, dass das bereits passiert. Mit dem Mehrwertabgabereglement, welches Sie beschlossen haben, werden übermässige Wertzuwächse bereits der Allgemeinheit zugeführt. Dort, wo die Stadt einen vernünftigen Gestaltungsspielraum hat, wurde er genutzt.



Abschliessend kann ich feststellen, dass sich keine gerechtfertigten Argumente für diese Motion finden. Denn der Handlungsbedarf, welcher in der Motion beschrieben wird, existiert in Langenthal einfach nicht.

Aus diesem Grund beantragen wir Ihnen, diese Motion abzulehnen. Dies gilt selbstverständlich auch im Falle der Wandelung in ein Postulat.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Das Wort hat der Motionär.

Motionär Paul Bayard (SP): Wohnraum und Boden sind schon immer beherrschende Themen in der Diskussion und Verteilung von Einkommen und Vermögen gewesen. Mein Vorstoss hat zum Ziel, die Diskussion in Langenthal neu zu entfachen. Aus meiner Sicht soll die Stadt vermehrt als Käufer von Grundstücken auftreten. Bauland soll man von der Stadt nur noch im Baurecht erwerben können. Schaut die Burgergemeinden an. Die machen dies schon seit Jahrzehnten und mit Erfolg.

Das Geld, – wie es Gemeinderat Roberto Di Nino auch sagte – welches wir aus den onyx-Aktien gelöst haben, soll so in anderer Form wieder der Öffentlichkeit, unseren Bürgern, zugutekommen. Die Familien haben es heutzutage schwer, geeignete Objekte zum Wohnen erwerben zu können – auch hier in Langenthal. Gerade auch deswegen, weil der Boden teuer ist.

Wenn die Stadt Boden kauft und im Sinne ihrer Einwohner verwaltet, dann kann sie ihren Bürgern zum Beispiel zusammen mit den bestehenden Wohnbaugenossenschaften sinnvolle Offerten unterbreiten, welche nicht vorab dem Zwang einer maximalen Rendite unterliegen. Im Hinterkopf habe ich immer Firmen wie die Prime Site usw. – auf diese komme ich noch zu sprechen.

Mit solchen Angeboten könnte die Gemeinde längerfristig dämpfenden und ausgleichenden Einfluss auf die Kosten im Wohnbereich nehmen. Mir geht es nicht um eine kurzfristige Sichtweise. Wie Gemeinderat Roberto Di Nino es sagte, im Moment ist die Situation gut, das gebe ich zu. Der Leerwohnungsbestand ist hoch. Dadurch gibt es tendenziell einen Druck auf den Mietpreis, was in diesem Sinne auch gut ist. Jedoch längerfristig ist dies sicher nicht mehr der Fall. Es werden auch wieder andere Zeiten kommen. Wir könnten den Anstieg bei der Sozialhilfe tatsächlich helfen zu bremsen, anstatt sie ständig ansteigen zu lassen.

Den Abschnitt mit den Fr. 5 Mio. überspringe ich jetzt, denn der ist bereits in der Motion umschrieben.

Meine Vision: Langenthal betreibt in Zukunft eine aktive Bodenpolitik. Die Gemeinde gibt ihr Land gezielt im Baurecht ab und fördert so die Entwicklung von Langenthal als Wohn- und Lebensraum, Wirtschaftsstandort und Zentrum der Region. Wohn- und Bodenpolitik nimmt auch in Zukunft einen hohen Stellenwert in der kommunalen Politik ein. In der zukünftigen Formulierung der Immobilienstrategie des Finanzvermögens steht der Kauf von Baulandreserven im Vordergrund und Bauland soll man nur noch in Einzelfällen verkaufen. Entsprechend wird der Anteil der Stadt an Landeigentum in Langenthal stark ansteigen und somit der Bürger von unserer Stadt profitieren. Schon Mark Twain sagte: "Kauf Boden. Der liebe Gott schafft keinen mehr." Es hat halt nur noch begrenzten Anteil Boden, mehr gibt es nicht. Man hat nur so viel, wie man hat und von mir aus darf dieser nicht Privaten gehören. Es gibt ganze Völker und Volksgemeinschaften, die Eigentum und Privatbesitz gar nicht kennen. Bei den Juden fällt der Besitz immer wieder zurück an die Allgemeinheit und man kann ihn nicht einfach erwerben, das geht gar nicht.

Der Wert des eingezonten Baulandes in der Schweiz ist heute etwa Fr. 4'000 Milliarden, also Fr. 4 Billionen, eine Zahl mit 12 Nullen. Davon gehört schon jetzt der Grossteil den Immobiliengesellschaften, die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Und die auch ihrerseits von ausländischen Kapitalfirmen, wie BlackRock, JPMorgan Chase, BNP Paribas usw. beherrscht werden. Ich meine damit alle die Firmen wie Property Real Estate, Prime Site usw., die auf diesem Weg unsere Pensionskassengelder wegzügeln. Hier müssen wir Gegensteuer geben. Ich bin der Meinung, dass wir in der Gemeinde handeln müssen.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat daran geht, eine Immobilienstrategie für die Stadt auszuarbeiten. Dann komme ich mit einer Motion genau richtig. Ich hoffe, dass die eine oder andere Forderung aus meiner Motion dort einfliessen wird.

Der Gemeinderat empfiehlt zwar, diese Motion abzulehnen, allerdings nicht einstimmig. Das weckt in mir die Hoffnung, dass wenigstens etwas hängen bleiben wird.

Die SP/GL-Fraktion steht geschlossen hinter mir. Ich hoffe, dass nicht alle sich hinter Ihren Ideologien verschanzen und über Ihren Schatten springen. Es wäre schön, wenn ich aus anderen Fraktionen vielleicht auch die eine oder andere Stimme bekomme.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es folgen die Voten der Fraktionssprechenden.

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Die Motion von Paul Bayard hat gute Ansätze, wie beispielsweise, dass Land nur noch im Baurecht an Investoren abzugeben. Der Vorschlag hingegen, einen Fonds zu gründen oder vermehrt als Grundstückskäuferin zu agieren, schiesst über das Ziel hinaus. Wir haben es gehört; in Langenthal spielt der Wohnungsmarkt mit knapp 5 % Leerwohnungsbestand gut. Das Überangebot an zu viel leeren Wohnungen wirkt sich auch auf den Preis aus, welcher sich selbst reguliert. Ein weiteres Indiz, dass wir genug günstige Wohnungen haben, ist die Tatsache, dass Langenthal gegenüber dem kantonalen Durchschnitt rund doppelt so viele Sozialhilfebezüger hat.

Aus diesen Gründen unterstützt die FDP/jll-Fraktion den Gemeinderat einstimmig und lehnt die Motion, auch bei einer allfälligen Wandlung in ein Postulat, ab.

SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP): Die SVP-Faktion wird diese Motion nicht unterstützen. Wir haben es gehört, es sind verschiedene Sachen: Im Moment ist der Gemeinderat daran, die Liegenschaftsstrategie festzulegen und wir schauen, was sie dort alles machen wollen und warten vorerst mal das Resultat ab. Im Weiteren haben wir in Langenthal drei Wohnbaugenossenschaften. Zwei davon werden meines Wissens dieses oder nächstes Jahr bauen. Ich bin überzeugt davon, dass es Wohnungen geben wird, die im mittleren/unteren Segment gemietet werden können. Wie wir gehört haben, hat es genug Leerbestand von Wohnungen in Langenthal. Dieser wird sich in einigen Jahren sicher wieder anpassen, aber wir sehen nicht ein, weshalb wir Wohnungen mit Steuergeldern finanzieren sollen.

EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP): Die Fraktion hat dieses Traktandum eingehend diskutiert. Grundsätzlich können wir die Gedanken des Motionärs nachvollziehen. Der Vorschlag des umsichtigen Umgangs mit Immobilien in der Stadt Langenthal bekommt auch unsere Zustimmung. Die Motion beinhaltet aber auch Risiken. So könnte eine aktive Boden- und Wohnungspolitik auch missbraucht werden. Wer kann garantieren, dass schliesslich die richtigen Personen davon profitieren? Zudem ist der Wohnungsmarkt, wie wir bereits gehört haben, zurzeit entsprechend ausgeglichen. Ebenso fraglich ist für uns, bzw. für einen Teil unserer Fraktion, Steuergelder dafür einzusetzen. Wir sehen das Anliegen des Motionärs. Ein anderer Schwerpunkt, welcher teilweise eine Übereinstimmung mit der Grundidee hat, ist uns ebenso wichtig. Wir möchten, anstatt einer aktiven Boden- und Wohnungspolitik zu folgen, ganz klar das strategische Vorgehen in Langenthal im Bereich der Bodenpolitik oder des Immobilienerwerbs, etc. unterstützen. Wir würden den Schwerpunkt auf folgende Frage legen: Wie und mit welcher Strategie Käufe/Vergabungen/Vorgehen, etc. entwickelt sich die Stadt Langenthal am optimalsten weiter?

In unserer Fraktion sind wir geteilter Meinung. Es gibt Mitglieder, die sich für und andere, die sich gegen die Motion entscheiden werden.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wünscht der Gemeinderat ein Schlusswort?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich habe vom Motionär gehört, was seine Motivation ist. Er hat gesagt, keinen Privatbesitz von Liegenschaften zu wollen. Möchte er den Boden verstaatlichen? Ich weiss es nicht. Es ist sicher nicht die Haltung des Gemeinderates. Wir wollen Privatbesitz. Für uns ist es ein Hand-in-Hand-gehen der Öffentlichkeit und der Privaten. Ich komme nochmals zurück zum ESP Bahnhof. Denken Sie daran, dass dieser öffentliche Raum, der aufgewertet wird, auch private Investitionen auslöst. Daher verstehe ich das Votum nicht ganz.

Stadträtin Anita Steiner-Thaler kann ich bestätigen, dass die Liegenschaftsstrategie, die wir erarbeiten, genau die erwähnte Zielsetzung hat. Denjenigen Mitglieder Ihrer Fraktion, die finden, man könnte diese Motion unterstützen, sage ich: Es ist nicht nötig, denn diese Arbeiten laufen bereits. In diesem Sinne halte ich am Votum fest und empfehle Ihnen, diese Motion abzulehnen.

II Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

  I. Die Motion Bayard Paul (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Oktober 2018: Für eine aktive Boden- und Wohnbaupolitik **wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

- **Der Stadtrat beschliesst mit 22 Stimmen Ja gegen 15 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

  II. 1. Die Motion Bayard Paul (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Oktober 2018: Für eine aktive Boden- und Wohnbaupolitik **wird nicht erheblich erklärt.**

  2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat

---

5. Interpellation Schär Michael (FDP) vom 29. Oktober 2018: Ist die Stadt Langenthal auf die rechtlichen Änderungen bei den Abfallgebühren vorbereitet?; Beantwortung[1]

I Detailberatung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Der Gemeinderat kündigte an, seine grundsätzlich in schriftlicher Form vorliegende Berichterstattung noch mündlich ergänzen zu wollen.

Gemeinderat Pierre Masson (SP): Wie es eingangs soeben erwähnt worden ist, liegen eigentlich die Antworten schriftlich vor. Wir wollen heute Abend sicherlich auch nichts an den Antworten ändern – und an den Fragen schon gar. Deshalb ist es speziell, dass ich im Namen des Gemeinderats trotzdem rasch an das Mikrofon trete. Es könnte aber sein, dass Einige letzte Woche die Zeitung gelesen haben. Darin stand, dass der Gemeinderat rückwirkend auf den 1. Januar 2019 die Grundgebühren für die Kehrichtbeseitigung senkt. Grund dafür ist, dass in den letzten vier Jahren die Grundgebühr falsch abgerechnet worden ist. Bereits 2015 hat der Gemeinderat gesehen, dass die "Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung" einen hohen Bestand aufweist und wollte dagegen etwas unternehmen. Er hat schon damals die Gebühren gesenkt. Leider wurde die Rechnungsstellung daraufhin nie angepasst. Was wir künftig zur Vermeidung von solchen Pannen machen werden, konnten Sie letzte Woche den Medien entnehmen.

Warum spreche ich jetzt in diesem Traktandum darüber? Ich kann heute Abend festhalten, dass die Zahlen betreffend die Gebühren, welche in der Interpellation aufgeführt sind, leider nicht der Realität entsprechen. Als wir den Bericht und Antrag verfasst haben, wurden diese Zahlen der geltenden Verordnung entnommen, was nun bekanntlich nicht der Realität entspricht. Wir haben im Zeitpunkt der Beantwortung schlicht und einfach noch nicht gewusst, dass die Rechnungsstellung nicht entsprechend der in der Verordnung aufgestellten Zahlen erfolgt ist. Auch an dieser Stelle möchten wir uns in aller Form für diesen Fauxpas entschuldigen.

Ich glaube, dass ich sagen darf, dass sich an den qualitativen Aussagen unserer Antworten aber nichts ändert und auch die Kernaussagen unserer Antworten bestehen bleiben. Danke.

Interpellant Michael Schär (FDP): Als erstes danke ich für die präzisen Antworten und die wirklich gute Beantwortung. Ich möchte trotzdem folgende Bemerkungen machen: Es sind ja momentan acht Firmen, welche die Möglichkeit in Anspruch nehmen, dass ihr Abfall entsorgt wird. Bitte schauen Sie zu denen und sagen Sie ihnen nicht einfach im Jahr 2020: "Jetzt dürft Ihr nicht mehr bei uns entsorgen". Bitte zeigen Sie ihnen vielleicht Alternativen auf und lassen Sie sie nicht einfach im Regen stehen.

Und noch eine Bitte: Bitte kommunizieren Sie solche Gegebenheiten frühzeitiger, damit ich keine Interpellation schreiben und Sie nicht beschäftigen muss. Ich glaube, der von Gemeinderat Pierre Masson erwähnte Fauxpas zeigt, wie genau der Stadtschreiber und die Gemeinderäte ihre IBL-Rechnung anschauen.

II Abstimmung: Keine.

- **Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung vom 19. Dezember 2018 und die ergänzende mündliche Berichterstattung des Gemeinderates sowie die Ausführung des Interpellanten zur Kenntnis.**

---

[1] Am 9. November 2018 vom Gemeinderat beantragte und vom Stadtratspräsidenten 2018 am 11. November 2018 bewilligte aufgeschobene Behandlung.

Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 4. Februar 2019

Protokollauszug an

- Gemeinderat

6. Interpellation Bader Roland (FDP), Dietrich Pascal (FDP), Howald Carole (jll) und Zurlinden Urs (FDP) vom 29. Oktober 2018: Planung des neuen Eisstadions "Arena Oberaargau"; Beantwortung[1]

I Detailberatung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Seitens des Gemeinderates liegt eine schriftliche Berichterstattung vor. Die Interpellanten haben die Möglichkeit einer kurzen Stellungnahme.

Interpellant Roland Bader (FDP): Ich möchte mich im Namen der Interpellanten ganz herzlich für die sehr ausführlichen Antworten auf alle gestellten Fragen bedanken. Für uns ist dies ein sehr wichtiges Projekt. Wir hoffen, dass im Herbst dieses Jahres der Volksentscheid zustande kommt, damit wir wissen, ob es weitergeht.

II Abstimmung: Keine.

- **Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 19. Dezember 2018 sowie die Ausführung des Interpellanten zur Kenntnis.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat

[1] Am 9. November 2018 vom Gemeinderat beantragte und vom Stadtratspräsidenten 2018 am 11. November 2018 bewilligte aufgeschobene Behandlung.

7. Interpellation Niklaus-Lanz Renate (glp) vom 26. November 2018: Urban Gardening in Langenthal; Beantwortung

I Detailberatung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Zur vorliegenden Interpellation gibt es eine mündliche Beantwortung durch den Gemeinderat.

Gemeinderat Pierre Masson (SP): Stadträtin Renate Niklaus-Lanz hat drei Fragen zur gärtnerischen Nutzung von Kleinflächen in Siedlungsgebieten gestellt. Die erste Frage ist: "Inwiefern kann sich der Gemeinderat vorstellen, einer Organisation, die ein entsprechendes Konzept vorlegt, kostenlose städtische Grünfläche zur Verfügung zu stellen, um ein solches Gartenprojekt umsetzen zu können?".

Grundsätzlich ist dies eine sehr sympathische Idee. Biodiversität und die sozialen Aspekte, die auch schon in der Interpellation aufgeführt wurden, sind sympathisch, modern, zeitgerecht und passen auch in eine Stadt wie Langenthal.

Nach unserem Verständnis wären es nicht nur Grünflächen, sondern auch Dächer, Plätze, befestigte Plätze usw., die sich für ein solches Projekt eignen würden. Wir sind eine grüne Stadt und Urban Gardening kann zum Beispiel als Zwischennutzung von Flächen durchaus sinnvoll sein. Es braucht aber selbstverständlich ein konkretes Gesuch und eine Bewilligung durch die Stadt.

Betreffend grüne Stadt setzen wir auch ein Fragezeichen hinter die Nachfrage. Urban Gardening kennen wir vor allem aus grösseren Städten, aus dichten Bauten, aus Städten, in denen man wirklich keinen Platz hat für Grünflächen, also nicht wie Langenthal. Hier haben wir recht viele Gärten und auch grüne Flächen. Wir hatten bereits vor rund fünf Jahren eine Anfrage für ein solches Projekt und das verlief dann leider im Sand. Damit ein solches Projekt lanciert und bewirtschaftet werden kann, muss es eine ganz klare Organisationsstruktur haben. Zudem müssen die Verantwortlichkeiten klar geregelt sein.

Die zweite Frage lautet: "Inwiefern können die Flächen der Verwaltungszentrale für ein Urban Gardening Projekt genutzt werden?" Hier darf ich antworten, dass diese nicht geeignet sind für ein solches Projekt. Denn erstens erfüllt die heutige Wiese bereits eine sehr hohe biologische Vielfalt im Stadtzentrum. Dadurch ist sie ein wichtiges ökologisches Element unserer Stadt. Zweitens sollen genau solche Projekte in den Quartieren entstehen, damit die Eingangs erwähnten Vorzüge (zum Beispiel die sozialen Aspekte) besser zum tragen kommen. Dies sollte unserer Meinung nach nicht mitten in der Stadt realisiert werden, sondern draussen in den Quartieren.

Dritte Frage: "Würde der Gemeinderat ein solches Projekt finanziell unterstützen? Falls ja, mit welchem Betrag?" Diese Frage können wir so nicht beantworten. Es braucht ein Gesuch mit einer ganz klaren Organisation. Zudem müsste auch die Nachfrage und ein längerfristiges Interesse eines solchen Projektes bewiesen werden.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle fest, dass die Interpellantin keine Stellungnahme wünscht.

II Abstimmung: Keine.

- **Der Stadtrat nimmt die mündliche Beantwortung des Gemeinderates zur Kenntnis.**

Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 4. Februar 2019

Protokollauszug an

- Gemeinderat

8. Mitteilungen des Gemeinderates

- **Information über die geplante Reduktion der Anzahl SBB-Tageskarten der Stadt Langenthal im Budget 2020**

  Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Wir haben im Jahr 2007 in diesem Saal hier beschlossen, dass die Stadt Langenthal der Bevölkerung maximal 10 SBB-Tageskarten zur Verfügung stellt. Seither wird dies so gehandhabt. Wir hatten immer eine sehr gute Auslastung in den vergangenen Jahren. In den letzten drei Jahren 2015 – 2017 betrug die Auslastung dieser 10 Tageskarten immer zwischen 95,5 % und 96 %. Mit dieser Auslastung und den geltenden Preisen konnte man knapp kostendeckend wirtschaften.

  Aufgrund der Preiserhöhung der SBB haben wir per 1. Oktober 2017 die Tarife leicht angepasst, so dass wir immer noch konkurrenzfähig sind. Im Verhältnis zu den umliegenden Gemeinden sind wir durchaus vergleichbar.

  Trotzdem hat sich insbesondere auch die SBB gewandelt. Diejenigen, die regelmässig mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sind, wissen das. Heute zahlt man fast nirgendwo mehr den regulären Preis. Es gibt bei den SBB Tageskarten, die verbilligt gekauft werden können. Wir können auf fast jeder Strecke zu Randzeiten oder wenn man lang genug zum Voraus bucht, sehr verbilligt Zug fahren. Dies hat leider auch Auswirkungen auf unsere Tageskarten. Die Auslastung im Jahr 2018 ist nur noch 89 %. Das scheint zwar immer noch hoch, aber zufolge kleiner Marge hat dies finanziell rasch einen grossen Einfluss. Wir werden uns deshalb – darum sage ich es auch hier – im Rahmen der Budgetierung für das Jahr 2020 vorbehalten, allenfalls das Angebot der Tageskarten von 10 möglicherweise auf 8 Stück zu reduzieren. Im Sinne einer frühzeitigen Information für alle, die daran interessiert sein könnten, sage ich dies hier bereits, damit Sie bei Bedarf beim Budget das nötige Augenmerk darauf richten können, falls Sie mit diesem Vorgehen nicht einverstanden wären.

- **Information über die Teilnahme der Stadt Langenthal am Pilotprojekt des Kantons Bern zum Online-Service eUmzugCH**

  Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Auf Antrag des Amtes für öffentliche Sicherheit (AföS) hat der Gemeinderat beschlossen, dass die Stadt Langenthal sich an einem Pilotprojekt des Kantons Bern beteiligt. Der Kanton Bern fördert seit 1. Februar 2019 die elektronische Abwicklung von Geschäften. Dies haben wir auf unserer Homepage aufgeschaltet. Das Label heisst "E-Umzug". Mit dieser Applikation kann man sich elektronisch anmelden, wenn man frisch nach Langenthal gezogen ist. Und man kann sich ummelden, wenn man innerhalb Langenthals umgezogen ist. Auch kann man sich abmelden, wenn man von Langenthal wegzieht. Langenthal ist derzeit eine von acht Pilotgemeinden im Kanton Bern, die bei diesem Projekt mitmachen. Ich bitte alle, die hier künftig um-, zu- oder wegziehen, künftig dieses Produkt zu nutzen. So können wir Erfahrungen sammeln und sehen, ob das Programm einsatzfähig und wirkungsvoll ist und andernfalls auch, ob es weiter ausgebaut werden könnte.

Protokollauszug an

- Gemeinderat

---

9 A. **Eingereichte Interpellation Köhli Samuel (SP) vom 4. Februar 2019: Mögliche Verschiebung der Haltestelle Langenthal Süd aufgrund der Testplanung für das «Porziareal»**

Interpellationstext:

*"**Mögliche Verschiebung der Haltestelle Langenthal Süd aufgrund der Testplanung für das «Porziareal»***

Wie ich aus der Presse entnehmen konnte, ist aufgrund der Testplanung für einen Teil des «Porziareals» die Verschiebung der Haltestelle Langenthal Süd um ca. 150 m, vom jetzigen Standort in Richtung Lotzwil, vorgesehen.

Aufgrund von diesen Informationen ersuche ich den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

a) Ist diese Verschiebung der Haltestelle aus Sicht des Bahnbetreibers aus betrieblichen Gründen zwingend notwendig?

b) Wie würde der Zeitplan für die mögliche Verschiebung der Haltestelle aussehen?

c) Wer müsste die Kosten für die öffentlichen Erschliessungsanlagen durch das «Porziareal» tragen? (Strassen, Wege, Strassenbeleuchtung, öffentliche Erschliessungswerke usw.). Bestehen bereits Entwürfe von Infrastrukturverträgen?"

Samuel Köhli

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates[1]

Protokollauszug an

- Gemeinderat

[1] ***Art. 38 der Geschäftsordnung des Stadtrates*** *(Interpellation)*
[3] Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.

9 B. Eingereichte Interpellation Schär Michael (FDP) vom 4. Februar 2019: Bemüht sich die Stadt Langenthal um den Erhalt des Archivs der Porzellanfabrik Langenthal?

Interpellationstext:

*"**Bemüht sich die Stadt Langenthal um den Erhalt des Archivs der Porzellanfabrik Langenthal?***

Ich bin Mitglied im Stiftungsrat des Museums Langenthal, welches sich in der Ausstellung vom 19. Oktober 2018 bis zum 20. Januar 2019 mit dem Porzellan der Porzellanfabrik Langenthal auseinandergesetzt hat.

Dabei hatte das Museum natürlich auch Kontakt mit der Porzellanfabrik Langenthal AG, da hier in Langenthal noch immer das Archiv der über 100 Jahre alten Firma lagert. Dieses Archiv umfasst dekoriertes Porzellan, weisse Muster, Dekorkarten und Dekormuster, Farbmuster, Musterbücher, Lithosteine und gravierte Stahlplatten für den Druck, sämtliche Geschäftsunterlagen, usw. Es handelt sich somit um einen immensen Schatz an Langenthaler Geschichte, welcher sich in den letzten 100 Jahren angesammelt hat. Anlässlich dieses Besuchs ist aufgefallen, dass das Archiv nicht inventarisiert ist und niemand genau weiss, was noch vorhanden ist oder wo sich die Objekte befinden. Weiter wurde uns erzählt, dass nicht genau bekannt ist, wer alles einen Schlüssel zu den Räumen des Archivs hat und teils schon Stück verschwunden sind. Weiter gibt es kaum Geld für den Erhalt und Pflege des Archivs.

Diese Sammlung hat eine kulturhistorische Bedeutung, die weit über Langenthal hinausgeht: Sogar das Landesmuseum sammelt Langenthaler Porzellan, da Langenthal eine von zwei Deutschschweizer Porzellanmanufakturen war.

Ein Teil der Sammlung davon wurde auch in der Sendung Schweiz Aktuell am 20. Dezember 2018 gezeigt.[1]

Da man nun das Areal entwickeln will, wird wohl auch der Zeitpunkt, an welchem das Archiv geräumt werden muss, näherkommen. Bevor dabei Sachen weggeworfen werden (wie schon bei vielen anderen Firmenräumungen) sollte die Stadt Langenthal hier aktiv werden, bevor es zu spät ist.

Dieser alarmierende Zustand wirft bei mir folgende Fragen auf:

- *Setzt sich die Stadt Langenthal für den Erhalt dieses Kulturerbes ein? Wenn ja wie? Mit welchen Massnahmen?*
- *Versucht der Gemeinderat die Sammlung in Langenthal zu behalten und damit ein Stück Langenthaler Geschichte zu sichern?*
- *Sollte dieses Unterfangen für Langenthal zu gross sein, hat der Gemeinderat vor mit dem Landesmuseum zusammenzuarbeiten oder mit anderen Instituten?*
- *Wie sieht der Gemeinderat das weitere Vorgehen? Zeitplan?*
- *Besteht ein Notfallplan, falls das Archiv ad hoc geräumt wird?*
- *Gibt es bei der Stadt Langenthal bereits eine zuständige Person?*
- *Bestehen schon Pläne zur Finanzierung? Evtl. Public Privat Partnership oder Crowdfunding?"*

Michael Schär

---

[1] https://www.srf.ch/play/tv/schweiz-aktuell/video/adventsserie-porzellan-das-weisse-gold?id=c0a9044d-962b-47d2-ae78-08bb1c2ee433

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates[1]

Protokollauszug an

- Gemeinderat

[1] ***Art. 38 der Geschäftsordnung des Stadtrates*** *(Interpellation)*
[3] Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.

10. In eigener Sache

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich danke Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die gute Debattenkultur, für den guten Einstieg ins Jahr 2019.

Hätte ich gewusst, dass wir bereits um 21.15 Uhr fertig sind mit der heutigen Sitzung, dann hätte ich mich wegen dem Apéro zu Beginn anders entschieden. Mein Name ist aber nicht Mike Shiva, und selbst bei Zugrundelegung eines anwaltlichen Stundenansatzes kann ich auch nicht Fr. 4.50 pro Minute verrechnen. Deshalb nehmen wir das Apéro dann später einmal zusammen.

Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 21.15 Uhr

Dekoration: Blumen Schenk, Langenthal